

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Der Sturz der deutschen Republik
Alarm in Danzig
Hitler in Algerien
Die Schande der Schutzhaft

Hitler führt zum Krieg

„Wehrpflicht ohne Freiheit ist Sklaverei!“

Zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland übergibt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Öffentlichkeit die folgende Erklärung:

Hitler hat die allgemeine Wehrpflicht verkündet. Massen, die durch die Propaganda des Rundfunks und der gleichgeschalteten Presse verblendet sind, jubeln ihm zu. Millionen Denker stehen in erzwungenem Schweigen abseits. Für sie sprechen wir.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets für die Verständigung der Völker und die Gleichberechtigung Deutschlands gekämpft. Räumung des besetzten Gebiets fünf Jahre vor dem vertragsmäßigen Termin, Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigte Großmacht im Völkerbund, Herabsetzung und schließlich völlige Streichung der Reparationen waren Ergebnisse, der von ihr eingeleiteten und gestützten, aber von Hitler fanatisch bekämpften Politik.

Mit Hitler begann ein Kurs machtpolitischer Abenteuer. Um das Volk über den Verlust seiner Rechte, den Bankrott der nationalsozialistischen Wirtschaft, die zum Himmel stinkende Korruption hinwegzutäuschen, bedürfen die Machthaber des Dritten Reichs der Aufpeitschung aller nationalistischen Instinkte, des schein-

patriotischen Festgeprägtes, der militärischen Parademärsche. Um sich im Besitz ihrer Pfründe zu festigen, spielen sie mit dem Krieg.

Jetzt sagt Hitler, von den ersten Jahren der Republik sprechend, in seinem Aufruf vom 16. März:

„Das deutsche Volk war sowohl in seinen Regierungen als auch in seinen Parteien damals von einer Gesinnung erfüllt, die den pazifistisch-demokratischen Idealen des Völkerbundes und seiner Gründer restlos entsprach.“

Hitler hat vergessen, hinzuzufügen, daß die Vorkämpfer dieser Ideale in seinem Reich ermordet und bis in fremde Länder hinein von seinen Mörderbanden verfolgt werden. Ein Mann, der gegen die Friedensfreunde unter seinen eigenen Volksgenossen einen so barbarischen Krieg führt, wird die Welt vergebens von seiner Friedensliebe zu überzeugen versuchen. Was er will ist nichts anderes als die Übertragung der im Innern geübten Gewaltmethoden auf die auswärtige Politik.

Hitler hat aber noch ein anderes vergessen. Die allgemeine Wehrpflicht ist ein Kind der französischen Revolution. Die allgemeinen Menschenrechte sind ihr unentbehrliches Gegenstück. Wehrpflicht ohne Freiheit ist Sklaverei. Wehrpflicht ohne Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden ist Zwangsdienst für die

Despotie. Gegen ihn erhebt sich der Ruf nach gleichem Recht und Freiheit: Freiheit der Person, der Wissenschaft, der Presse, des politischen und religiösen Bekenntnisses, des Vereins- und Versammlungswesens, Wiederherstellung der sozialen Rechte der Arbeiter — der Kampf um sie kann nicht anders enden als mit der Niederwerfung der Despotie.

Die Welt muß endlich begreifen, um was es geht. Es ist sinnlos, Verträge mit einer Macht zu erstreben, die alle Gesetze der Menschheit unter ihre Füße getreten hat. Es ist aber auch falsch und ungerecht, das ganze deutsche Volk für ein Regime des Verbrechens verantwortlich zu machen, unter dem sein bester Teil am schwersten leidet. Sieben Millionen deutscher Männer und Frauen haben noch bei den Terrorwahlen nach dem Reichstagsbrand am 5. März 1933 ihre Treue zu den demokratischen und sozialistischen Idealen der Sozialdemokratie bekundet. Hunderttausende stehen heute in einem heroischen Ringen gegen Späher und Häscher des braunen Polizeistaates. Die Welt muß endlich begreifen, daß ihr eigenes Geschick mit dem jener Braven untrennbar verbunden ist. Entweder sie siegen oder Europa versinkt in Mord und Brand. Der Weg zur Rettung des Friedens geht über den Sturz der Despotie. Es gibt keinen anderen!

Der einzige Weg Frieden nur durch Sturz des Dritten Reichs

Es gibt in der Welt heute Anzeichen einer Art der Gewalt, die einen Geisteszustand enthüllen, der, entsprechend mächtig geworden, das Ende von allem bedeuten könnte, was für uns Wert besitzt, und von allem, worin wir das Verdienst unserer Existenz erblicken.
(Baldwin am 30. Juni 1934 im Unterhaus.)

Die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland — das ist ein Alarmschuss über die Welt. Sie ist von symbolischer Kraft. Militärtechniker und grobe Materialisten mögen ihre provokatorische Verkündung beurteilen nach ihrer technischen Bedeutung. Sie mögen errechnen, daß sie am Ausmaß der deutschen Kriegerrüstung nichts wesentliches ändert, daß sie nur klarstellt, was alle Kriegstechniker aller Länder längst wußten. Sie können fragen: was ist schon geschehen?

Nicht so die verantwortlichen Staatsmänner und mit ihnen die Völker. Allgemeine Wehrpflicht in Deutschland — das ist die Vermählung des Geistes des Kaiserreichs mit dem revanchelüsternden Geist des Hitlerreichs, Sie ist das Symbol für die seit zwei Jahren angesammelte Kriegskraft des Dritten Reichs, für den finsternen Geist der Bejahung des Krieges, der Eroberung, der Revanche, der das Wesen des Hitlersystems ausmacht. Sie zeigt, daß das Dritte Reich sich für stark genug hält, sich von allen internationalen Bindungen zu lösen. Sie ist die letzte und äußerste Unterwerfung des deutschen Volkes unter den Willen eines Diktators, der heute oder morgen den Massen der deutschen Jugend befehlen kann: sterbt für meinen Machttraum! Sie ist — mit einem Worte — die Bekräftigung jenes Geisteszustandes, von dem der Führer der englischen Regierung gesprochen hat, jenes Geisteszustandes, der nichts zu tun hat mit modernen Staatsauffassungen, mit dem Geiste der Freiheit, der zu den unverzichtbaren Lebensbedürfnissen der kulturell hochstehenden und gesitteten Menschen gehört.

In diesem Geiste der Gewalt hat das Hitlersystem zwei Jahre lang gewirkt. Es hat den Glauben an die Sicherung des Friedens durch Verträge in Europa zerstört und den Glauben an die alleinseligmachende Gewalt der Waffen gestärkt. Es hat die heranwachsende deutsche Jugend militaristisch verseucht. Es hat mit der ungelistigen Propaganda des Kommissstiefels, der Uniform und der Brutalität die edelsten Regungen der Menschlichkeit in der Jugend totgetreten, es züchtet ein Geschlecht heran, das keinen Sinn mehr für die hohe Ethik der Liebe zum Frieden hat. Es hat den Militarismus in der ganzen Welt gestärkt, es ist die Gewaltdrohung gegen die Freiheit und die Zivilisation aller anderen Völker.

Die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland — sie ist Ausfluß und Bekräftigung dieses Geistes der Gewalt. Das ist der Grund der tiefen Erregung, die ihre Verkündung hervorgerufen hat. Wer die Kriegsandrohung hinter der deutschen Erklärung empfindet, der weiß: nicht in der Rüstung allein, sondern im Geiste, der sie lenkt, liegt die Gefahr, nicht in der allgemeinen Wehrpflicht an sich, sondern im Willen zum Kriege, der sie als sein Instrument verkündet hat!

Der Schlag ins Gesicht der englischen

Wachende Erfahrungen...

Der Rüstungslärm des Dritten Reiches täuscht die Nachdenklichen nicht über die Problematik der wehrpolitischen Situation Deutschlands hinweg. Es gibt umfassende Studien über die Ursachen des deutschen Zusammenbruches und auch heute ist mancherlei in der deutschen Presse darüber zu lesen, was der offiziellen Geschichtsschreibung drastisch widerspricht. Ein Dr. Wortmann schreibt über Volk und Soldatentum z. B. folgendes:

Es war ein schicksalhafter Mangel der deutschen Vorkriegsgeschichte, daß die Verbindung zwischen der Führung von Staat und Heer nicht immer diesem natürlichen Gesetz entsprach. Politische und militärische Führungsansprüche gerieten in zerstörende Gegensätzlichkeiten und vernichteten somit den geschlossenen, zielklaren Einsatz der nationalen Kraft. Damit war der Spaltplatz, der 1918 Volk und Heer auseinanderbrechen ließ, im Keime angelegt.

Bei aller Größe der soldatischen Tugend und Leistung unserer Vorkriegsarmee, darf man die bittere Wahrheit nicht übersehen, daß der Sozialdemokrat, der in die Armee eingezogen wurde, auch als Sozialdemokrat wieder in das Volk zurücktrat. Das ist die Tragik in der deutschen Geschichte der ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Der deutsche Mensch und vor allem der deutsche Arbeiter war ein guter Soldat, aber er wuchs durch seine Dienstzeit nicht fester in die deutsche Volksgemeinschaft hinein. Er blieb außerhalb! Niemals hätte es den Dolchstoß aus dem Rückens geben können, niemals hätte die Revolte von 1918 das Volk an den Rand des Unterganges bringen können, wenn Volk und Heer in ihr naturgegebenes Verhältnis gesetzt worden wäre.

Die Sozialdemokraten blieben Sozialdemokraten. So war es ge-

stern, so ist es heute! Sie blieben außerhalb der Volksgemeinschaft — wie die Militaristen sie verstehen. So war es gestern, so ist es heute. Volk und Heer brachen auseinander. So war es gestern, so ist es heute. Fortsetzung folgt. . .

Berthold Jakob

Nach Deutschland verschleppt und verschollen.

Der Schriftsteller Berthold Jakob ist von Straßburg nach Basel gelockt worden und seitdem verschollen. Telegramme an seine Frau, in denen er sein Wohlbefinden bezeugte, waren gefälscht. Die Zusage seiner Barschaft an sie machte die schlimmste Befürchtung fast zur Gewißheit: Berthold Jakob ist nach Deutschland verschleppt worden. Das Geld hat man der Frau geschickt, weil er es nicht mehr brauchte und weil die Mörder sich ihre Bezahlung anderwärts geholt haben.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß auch dieser Fall genau so im Sande verlaufen wird, wie alle ähnlichen, die ihm vorausgingen, wie insbesondere der Fall des Ingenieurs Formis in der Tschechoslowakei. Wie mit so vielem anderem finden sich die Nachbarn Deutschlands auch damit ab, daß auf ihrem Gebiet die Spitzel der Gestapo und die Menschenjäger der SS ihr blutiges Handwerk treiben und daß ein Opfer nach dem anderen fällt, ohne daß es gelingt, an die Mörder heranzukommen. Denn hinter diesen Mördern steht ja, sie beauftragend, beschützend und belohnend, das Dritte Reich.

Die Weltpresse hat zum Fall Berthold Jakob wenig zu sagen. Die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland ist ihr natürlich wichtiger — aber wie das eine mit

dem anderen zusammenhängt, merkt sie nicht oder sagt sie nicht. Das Entscheidende an der Weltsituation ist nicht, daß ein Land zur allgemeinen Wehrpflicht übergeht, das Entscheidende ist, daß die Leute, die jetzt den stärksten Vernichtungsapparat der Welt aufbauen, die Mörder der Stelling, Fechenbach, Schleicher, Clausener, Lessing, Formis, Berthold Jakob und tausend anderer sind. Wie das Wehrsystem eines Landes aussieht, ist gewiß für andere Länder wichtig. Aber wichtiger ist, wie die Regierung aussieht, die sich dieses Wehrsystems bedient. Und das zeigt der Fall Berthold Jakob noch einmal.

Pazifistische Generäle

Die Welt scheint einem großen Irrtum erlegen zu sein; sie glaubt man rüstet um Krieg zu führen. Und bisher war das tatsächlich auch der Fall. Mit dem Anbruch des Dritten Reiches beginnt aber scheinbar doch eine neue Epoche. Man rüstet, um den Frieden zu garantieren. Die Wehrpolitik ist der Weg zum Frieden, nicht zum Krieg. Und der Generalleutnant Horst v. Metzsch geht auch davon aus, daß der Krieg eine Katastrophe ist, und der Weltkrieg für die gesamte europäisch-asiatische Welt ein Fehlschlag war, dessen Opfer nirgends in einem angemessenen Verhältnis zum Erreichten stehen. Also folgert der General des Dritten Reiches: »Gute deutsche Wehrpolitik ist Politik gegen den Krieg. Gute deutsche Wehrpolitik darf nicht nur darauf abzielen, wie man sich im Kriege wehrt. Sie muß sich auch des Krieges zu erwehren suchen.« So zu lesen in »Die Weltangst vor dem Kriege« von Metzsch.

Die Welt wird schon noch entdecken, daß die aufrechtesten Pazifisten in Deutschland nicht im Konzentrationslager gepölscht werden, sondern das Kommando über den neuen deutschen Militarismus ausüben. Alles, alles und selbst den Krieg machen sie nur um des lieben Friedens willen.

Das infame System

Eine Stimme aus Belgien

und französischen Regierung, den die deutsche Proklamation bedeutet, hat Illusionen zerstört — aber die unbesiegbare Liebe zum Frieden, die sich anklammert an die letzten Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens, gebiert immer neue Illusionen — Selbsttäuschungen, die immer wieder das wahre Wesen des Hitlersystems verhüllen.

Es ist eine Täuschung, daß militärische Zugeständnisse an das Hitlersystem den Angriffswillen dieses Systems besänftigen können. Das dynamische Prinzip, auf das Hitlerdeutschland schwört, schließt die Unbegrenztheit des Machtanspruchs und die Grenzenlosigkeit seines Rüstungswillens in sich. Je stärker es wird, umso weniger wird es geneigt sein, sich zum Geiste des Friedens zu bekehren.

Das heute Deutschland beherrschende System ist die Verkörperung des Rechtsnihilismus nach innen wie nach außen. Es schreckt vor keinem Verbrechen zurück. Seine Greuelthaten im Innern sind ebenso viele Bekräftigungen seines Vernichtungswillens nach außen. Der 30. Juni und der 25. Juli 1934 sind beide geboren aus dem gleichen Geiste der Gewalt. Zugeständnisse an diesen Geist bedeuten die Kapitulation vor dem Krieg.

Es ist eine Selbsttäuschung, daß ein solches anarchisches System in eine kollektive Friedenssicherung einbezogen werden könnte. Es gibt gegenüber der deutschen Kriegsrüstung keine Garantie und keine Kontrolle. Längst sind alle Grenzen zwischen Kriegsrüstung und zivilem bürgerlichen Leben, zwischen Kriegswirtschaft und Zivilwirtschaft verwischt. Ein Volk — eine einzige große Kriegsorganisation: das ist das Ziel der deutschen Aufrüstung. Schon ist es nahezu erreicht. Was bedeuten demgegenüber Vereinbarungen über Effektivitäten, deren Innehaltung nicht zu kontrollieren, über Waffen, die in kurzer Frist zu fabrizieren sind.

Es gibt nur eine Garantie gegen den Angriff eines solchen Systems — das ist sein Sturz.

Im Januar 1934, am ersten Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, erklärte der Sozialdemokratische Parteivorstand:

„Die deutsche Demokratie hat die Forderung der Gleichberechtigung erhoben im Bunde mit den großen Demokratien des Westens als ein Mittel zur Organisation und Sicherung des Friedens. Die Diktatur hat diese Forderung verfälscht, um sie für ihre kriegerischen Absichten zu mißbrauchen. Sie erhebt sie, um militärisch gestärkt, neue militärische Stärkung zu erretzen. Sie erhebt sie, um als starker Bundesgenosse neue Koalitionen zur Erreichung ihrer machtpolitischen Ziele bilden zu können. Die auswärtige Politik der deutschen Diktatur bedeutet ständige Bedrohung des Friedens und damit den Zwang zum Wehrtrüben. Die Diktatur, die durch schamlosen Verfassungsbruch, durch Inszenierung des Reichstagsbrandes, zur Macht gelangt ist, die durch frevelhaften Terror und schamlose Vergewaltigung von Recht und Gesetz die Macht behauptet, bietet erst recht keine Gewähr für die Innehaltung internationaler Verträge. Sie wird sie brechen, sobald sie den Bruch für nützlich hält.“

Es ist nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, auf den Sturz der Despotie durch den Krieg zu hoffen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, den Krieg zu verhindern. Deshalb verwirft sie alle militärischen Konzessionen an Hitlerdeutschland. Sie warnt die Arbeiterparteien aller Länder, die Gefahr des deutschen Nationalismus zu unterschätzen. Gleichberechtigung der Demokratien, aber keinerlei Aufrüstung für eine kriegslüsterne Diktatur! Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, das ist die Parole der deutschen Sozialdemokratie, das muß die Losung der sozialistischen Arbeiter-Internationale sein. Nicht militärische Zugeständnisse erfordert die Sicherung des Friedens und der Schutz der Freiheit der Nationen, sondern Wiederabrüstung und Entwaffnung.“

Wiederabrüstung und Entwaffnung — aber heute ist die Rüstung Hitlerdeutschlands so stark, daß nur noch eine Sammlung überlegener Kräfte das Hitlersystem von ihrer Anwendung ablenken kann. Die Frage der Abrüstung verschwindet hinter der Frage der Stabilisierung der Rüstungen, bald wird diese Frage verschwinden hinter dem allgemeinen Wettlauf um überlegene Rüstungen und um Sammlung überlegener Macht! Am Ende dieses Weges steht der Krieg!

Die Ereignisse haben bestätigt, was wir vor einem Jahre vorausgesehen haben. Illusion um Illusion ist verfliegen. Es ist an der Zeit, daß die Völker selbst der Wahr-

Das Organ der belgischen Sozialdemokratie, der „Peuple“, schreibt über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland:

Europa ist von Panik ergriffen. Die Völker ernten, was die Staatsmänner gesät haben, und Entsetzen erfaßt sie. Nachdem man sich so lange geweigert hat, die Wirklichkeit zu sehen, nachdem man sich darauf versteift hat, das Augenscheinliche zu leugnen, findet man sich plötzlich vor die grausame Wahrheit gestellt. Es gab für Europa die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: den Frieden in der allgemeinen Entwaffnung oder die Behauptung und Verstärkung der Rüstungen in der ewigen Furcht vor dem Kriege. Man hat freiwillig den zweiten Weg gewählt. Da Deutschland während langer Jahre kampfunfähig war, unfähig, sich irgend einem System der allgemeinen Sicherheit zu widersetzen, haben sich die siegreichen Mächte in freier Entscheidung geweigert, ein System der Sicherheit einzuführen, das auf der Entwaffnung gegründet war. Und als der Tag kam, an dem Deutschland, in die Hände rasender Militaristen und Revanchepolitiker gefallen, unverschämte wieder aufzurüsten begann unter Verletzung der Verträge, indem es zugleich:

Jene Führer der Weimarer Republik massakrierte, ins Gefängnis warf, entehrte oder verjagte, die ehrlich den Frieden und die allgemeine Entwaffnung wollten,

hat keine Macht auch nur ein Wort des Protestes erhoben. Monat auf Monat hat man untätig zugesehen, wie Deutschland offiziell eine Armee von braunen Milizen organisierte, seine Jugend der militärischen Erziehung in angeblichen Arbeitslagern unterwarf, mächtige Kriegsmaschinen baute, die durch den Vertrag verboten waren, eine furchtbare Militärluftfahrt schuf. Man ließ es gewähren. Es gab im Lager der französischen und englischen Nationalisten Leute, die nur schwer ihre Genugtuung darüber verbergen konnten, denn wenn Deutschland aufrüstete, mußte notwendig jede Gefahr einer allgemeinen Abrüstung verschwinden! Man machte sich lustig über die wahren Pazifisten, die Tag für Tag seit dem Herbst des Jahres 1932, als das Reich ernsthaft in die Aera der Aufrüstung unter der Führung von Papens einlenkte, die Mächte beschworen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahr zu bannen, die man herannahen sah. Damals hätte nur ein

heit ins Gesicht sehen, wenn es die Staatsmänner nicht wollen, und diese Wahrheit lautet:

so lange das Hitlersystem besteht, herrscht der Zustand der drohenden Kriegsgefahr.

Frieden, wahrer, gesicherter Frieden ist nur möglich nach dem Sturze des Dritten Reichs!

Nationalkirche für Kriegszwecke

Der protestantische Kirchenstreit schien noch vor kurzem zu einem Friedensschluß zwischen Staat und kirchlicher Opposition zu führen. Plötzlich hat sich die Situation verändert. Alle Hoffnungen der kirchlichen Opposition erweisen sich als trügerisch. Der Staat geht mit einer Entschiedenheit gegen die kirchliche Opposition vor, die nicht im Einklang steht mit der neutralen Haltung, die er in den letzten Monaten gezeigt hatte.

Minister Frick hat öffentlich erklärt, daß er den Kirchenstreit beenden wolle. Er erklärt die Kirchenverfassung vom Juli 1933 für rechtsgültig, ebenso die aus den Kirchenwahlen vom Juli 1933 hervorgegangenen Kirchenverwaltungen und die Wahl des Reichsbischofs. Damit hat die kirchliche Opposition alles mühsam gewonnene Terrain verloren. Durch Gutachten und Gerichtsentscheidungen, ja selbst durch die Stellungnahme des von Frick geleiteten Reichsinnenministeriums war die Rechtsgültigkeit der Reichskirchenverwaltung verneint worden und die Opposition hatte auf dieser Grundlage ihre Verwaltung aufgebaut. Das ist nun zu Ende. Die tote Reichskirchenverwaltung wird galvanisiert. In Preußen sind durch Gesetz Finanzabteilungen geschaffen und den Abteilungen der preußischen Kirchenverwaltung angegliedert worden, die die Kirchen-

energisches Wort, nicht mehr, auch nur von Frankreich allein, das in der Vollkraft seines Rechtes und eines wahren Friedensgeistes gehandelt hätte, genügt, um Hitler zu zwingen, seine militärischen Vorbereitungen unter Verletzung der Verträge einzustellen.

Aber die französischen Regierungen, eine nach der anderen, weigerten sich hartnäckig, dies Wort auszusprechen. Was hat es nun noch für Nutzen. Vorwürfe gegen die Engländer zu erheben, deren säkulare Politik des europäischen Gleichgewichtes direkt eine gewisse Aufrüstung Deutschlands begünstigte. Was würde es nutzen, mit Mussolini zu diskutieren, der seit Jahren sich öffentlich zum Advokaten der deutschen Aufrüstung gemacht hat in der einzigen Hoffnung, damit seine eigene Geitung im europäischen Rat zu erhöhen? Ihr Irrtum bestand einfach in dem Glauben, daß sie die einmal zugelassene deutsche Aufrüstung an dem Punkte anhalten könnten, der ihnen passen würde.

Aber was soll man sagen von der Blindheit der französischen und belgischen Regierungen, die sich auf den guten Willen der Engländer und der Italiener verließen, deren Sicherheit nicht direkt in Frage stand, die Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat, diese tödliche Drohung wachsen ließen, die vor ihrer Tür organisiert wurde. Heute ist die Stunde zu ernst, um sie mit Vorwürfen zu überhäufen. Die Geschichte wird sie richten.

Wie viele Ministerreisen, wie viele internationale Konzile, wie viele offizielle Kommunikationen, wie viele Verständigungsprojekte, bilaterale, multilaterale, spezielle und allgemeine seit zwei Jahren! Nach jeder dieser Kundgebungen bewegte Glückwünsche von allen Seiten, und dann werden die großen Pauken der Weltpresse in Bewegung gesetzt, der Friede ist gerettet, Europa kann aufatmen und hoffen! Und während dieser Zeit geschieht es, daß

Hitler rüstet, rüstet, rüstet, ohne daß jemand in der ganzen Welt ihm in den Arm fällt.

Hier und da antwortet man mit neuen militärischen Vorbereitungen, und Hitler antwortet, indem er immer stärker rüstet. Und nun, nachdem er ungestraft die Tür der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes zugeschlagen hat, nachdem er ebenso ungestraft jeden Plan für die allgemeine Sicherheit sabotiert hat, nachdem er zynisch die Existenz einer Kriegsluftfahrt proklamiert hat, zer-

verwaltung finanziell unter staatliche Kuratel stellen. Zugleich ist die Kirchensteuer um 20 Prozent herabgesetzt worden.

Jetzt hält die Hitlerregierung den Zeitpunkt für gekommen, um ihren Plan der „deutschen Nationalkirche“ über den Konfessionen durchzusetzen. Sie braucht dazu zunächst eine zu allem willfährige protestantische Kirchenverwaltung, die auch vor der germanischen Religion Rosenbergs nicht zurückschreckt. Sie geht gewaltsam vor. Am vergangenen Sonntag hat sie über 700 Pastoren verhaften lassen, die ein Manifest gegen das Neuheidentum verlesen wollten. Für ihre Kriegsvorbereitungen braucht die Reichsregierung ein Christentum, das die Staatsraison über das Evangelium stellt. Es ist kein Zufall, daß der Vorstoß gegen die Kirchenopposition zeitlich mit der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht zusammenfällt.

Wer sich in Deutschland erlaubt, an die unmittelbare Beziehung des Menschen zu Gott zu glauben — ohne das Darwischen-treten der staatlich abgestempelten Mittler des Dritten Reichs — der wird verfolgt werden wie jetzt schon die ersten Bibelforscher, und wenn die Militarisation noch ein bißchen weiter fortgeschritten und der Krieg noch näher sein wird, dann wird es heißen: Glaube und Evangelium — ist Landesverrat! Echt national und zweckdienlich ist nur der artgerechte Gottesglaube!

„Egoismus der Stümpler“

Die katholischen Kreise in Deutschland haben gegenwärtig unter dem Schnüffler- und Denunziantentum besonders schwer zu leiden. Geistliche werden bespitzelt, Leser katholischer Blätter werden beargwöhnt und beföhndet, die Mitglieder der katholischen Jugendverbände können sich der „Fürsorge“

reist Hitler demonstrativ inmitten einer Bevölkerung, die offiziell zum Delirium organisiert ist, die militärischen Klauseln des Versailles Vertrags und dekretiert mit einem einfachen Federstrich allgemeine Wehrpflicht im Reich. Zwei Jahre der Blindheit, der Schlafheit der Mächte haben genügt, um dies unwahrscheinliche Ergebnis hervorzurufen!

Es gibt Leute, die aus keiner Lektion lernen. Sie träumen von der Möglichkeit einer aufrichtigen Verständigung über die Bewaffnung mit einem Hitlerdeutschland, das so seine völlige Rechtsgleichheit wieder erlangt hat. Sie werden erst an dem Tage klug werden, wo Deutschland für sich die zerschmetternde Ueberlegenheit der militärischen Kräfte mit den gleichen Argumenten für sich in Anspruch nimmt, mit denen es die Gleichberechtigung rechtfertigt...

Man blicke auf den Tag, der vielleicht nicht fern ist, an dem das Dritte Reich seine militärische Ueberlegenheit seinen Nachbarn fühlen lassen wird.

Eine aufrichtige, ehrliche Verständigung mit Hitlerdeutschland? Dessen ganze Religion die Revanche ist, das auf keines der Kriegsziele verzichtet hat, für die Wilhelm II. 1914 in Belgien einfiel? Glaubt man, daß das Dritte Reich nur aus Rassen-Kretinismus heraus alle jene in Konzentrationslager gesperrt hat, die es noch wagten, sich als Kommunisten, Sozialisten oder Pazifisten zu bekennen?

Wie kann man in guter Nachbarschaft mit einem mächtigen Lande leben, das von heute auf morgen, ohne sich im geringsten um die Meinung seines eigenen Volkes zu kümmern, ohne jemanden im Innern oder außen vorher zu benachrichtigen, einfach eine so weit gehende, so radikale Aenderung dekretiert, wie es die unverzügliche Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist? Welche Macht würde es wagen, sich der Unterschrift oder dem Wort eines Landes anzuvertrauen, in dem ein einziger Mann oder seine Clique von heute auf morgen die gesamte Linie der Politik umwerfen kann? Und wenn man es noch so sehr wollte, es ist unmöglich! Man mag sich noch so sehr gegen das sträuben, was klar vor aller Augen liegt — man entrinnt ihm doch nicht.

Europa wird weder den Frieden, noch die Ruhe kennen, so lange nicht das infame und provokatorische System zerstört sein wird, das heute Deutschland entehrt.

Ihrer braun uniformierten Aitrogenossen kaum erwehren. Kein Wunder, daß die „Kölnische Volkszeitung“ den folgenden Wut- und Notschrei ausstößt:

Das Denunziantentum richtet Verwüstungen in der kleinen und in der größeren Gemeinschaft an. Man soll den menschlichen Fehlern immer mit möglichst mildem Urteil begegnen, wenn diese Fehler nicht aus dem Egoismus kommen. Die Neigung zum Denunzieren aber kommt aus den dunkelsten Gründen des Egoismus, und es scheint uns nicht unchristlich zu sein, den hinterlistigen Angeber der Verachtung und einer peinvollen Strafe auszuliefern. Der Denunziant namentlich, der sich bei Behörden betätigt, bringt durch sein Handwerk unwiderlegliche Beweise eines defekten Charakters, einer verächtlichen Gesinnung, einer morbiden Eitelkeit, einer Grundveranlagung, die zu allem fähig ist. Das Denunziantentum ist der Egoismus der Stümpler, der Flugversuch der charakterlich Verkrüppelten, das Züngeln einer Natter und die klebrige Scheußlichkeit eines Rattenschwanzes. Dieses listig langsam lauende Lauschen auf den armen Teufel, der da einmal beim dritten Schnüffeln etwas sagt, was an sich besser vielleicht doch nicht gesagt würde, ist ein Heckenachseltentum, das der neue Staat bekämpfen muß, wo er es findet. Je härter er gegen verächtliche Angeber vorgeht, desto sicherer wird er bei ängstlichen Naturen das Gefühl zum Sinken bringen, dunklen Mächten hilflos ausgeliefert zu sein. Der Schwache und derjenige, der vor dem Umbruch auf einer anderen politischen Linie stand als auf derjenigen, in der sich heute das Geschehen der Nation vollzieht, bedarf des ritterlichen Schutzes durch den Starken. Nicht jeder kann sich den Panzer der Geduld und das ebene Schweigen des echten Stolzes leisten.

Wer wirklich an den ritterlichen Schutz der Starken, d. h. der Machthaber in Deutschland glaubt, wird allerdings schwer enttäuscht werden. Zur Ritterlichkeit des Dritten Reiches gehört es ja gerade, wehrlose, schon besiegte Gegner zu mißhandeln, zu bespitzeln, zu schänden, zu höhnen, zu morden. Die neudeutsche Ritterlichkeit ist in den Konzentrationslagern zur Welt gekommen.

Lüge und herrsche!

Fünf Zeitungsverbote und eine Begründung.

Das Geheime Staatspolizeiamt hat auf Antrag des Propagandaministers Göbbels fünf Zeitungen verboten: Den Berliner Herold, Berlin, die Wahrheit, Berlin, das Kleine Journal, Berlin, die Bunte Wochenschau, Berlin, Echo Germania, Erfurt. In der Begründung heißt es:

Die verbotenen Zeitungen haben sich ein Geschäft daraus gemacht, andere Volksgenossen in der Öffentlichkeit herabzusetzen und damit Klatschsucht und übelster Sensationshascherei Nahrung gegeben. Ihr Wirken war daher schädlich für die deutsche Volksgemeinschaft, ihre weitere Existenz im neuen Staat nicht mehr tragbar.

Wie wird uns denn? »Andere Volksgenossen in der Öffentlichkeit herabzusetzen« soll im Lande des Stürmers plötzlich eine Sünde sein? Verleumdet nicht der Streicher, Hitlers Duzfreund, so Arier wie Juden in schuftigster Weise? Läßt es sich nicht der »Judenkennner«, das neue, unter Förderung des Propagandaministeriums erscheinende Konkurrenzblatt jenes Stürmers, angelegen sein, mit den begreiften Juden gleichzeitig recht viele »arische« Volksgenossen in den Dreck zu ziehen, die aus irgend einem Grunde unbequem wurden? Wir haben keinerlei Sympathien für Neugierblätter wie den »Herold« und das »Journal« — aber der Grund für ihr Verbot muß ein anderer sein, zumal ihre gelegentlichen Angriffe auf »andere Volksgenossen«, auf bankrotte Theaterdirektoren oder Barbesitzer, gemessen an dem üblichen Umgangston im Dritten Reiche geradezu waschlappig waren.

Der Grund muß ein anderer sein. Man braucht nicht weit zu suchen. Wenn Herr Göbbels eine Zeitung verbietet, so fragt man sich zunächst, welche Wahrheit hat sie ausgetreut, welcher Aufrichtigkeit hat sie sich schuldig gemacht? Und man fragt auch in diesem Falle nicht vergeblich. Die verbotenen Zeitungen betrachteten es als ihre Aufgabe über das Leben und Zeitvertreiben der sogenannten guten Gesellschaft ausführlich Bericht zu erstatten. Sie erzählten den staunenden Lesern, die für einen Groschen so ein Blatt erstanden, von glänzenden Bällen, von intimen Gesellschaften mit regem Sektverbrauch, von neu eröffneten Nachtlokalen und Luxusbars. Sie taten das nicht, um die Hungernden in Zorn zu versetzen, sie taten es nicht, um die feinen Leute zu beleidigen — im Gegenteil! Sie hegten die ehrliche Ueberzeugung, daß der gesteigerte Sektverbrauch im Dritten Reiche als Zeichen wirtschaftlicher Blüte lebhaft zu begrüßen sei und knüpften fast an jeden Ballbericht ein Lob für den Führer in herrliche Zeiten.

Aber weil sie in alle rauschenden Feste regelrecht verliebt waren, ließen sie bei ihren Schilderungen keine Einzelheit beiseite und erwähnten selbstverständlich auch die hohen Persönlichkeiten, die den oder jenen großen Abend durch ihre Anwesenheit überstrahlten. Der Leser erfuhr, daß die Würdenträger des Staates, der SS, der SA, der Arbeitsfront, des Reichsnährstandes, daß die »Führer«, die dem Volke spartanische Einfachheit predigen, ihrerseits ein Höflingensdasein führen, das an die Zeiten absolutistischer Pracht und Herrlichkeit gemahnt. Ja, gelegentlich wurden sogar die Toiletten der Führergattinnen mit einem Zungenschnalzen erwähnt, und wenn gar ein SS-Prinz vom Schlage des Auwi oder des Schaumburg-Lippe seine edlen Füße aufs Parkett setzte, versanken die Berichterstatter in weltentrückter Untertanenseligkeit. Viele Feste gab es zu schildern, und auf keinem fehlten die Größen des neuen »Männerstaates« voll Zucht und Einfachheit.

Nun hat der Spaß ein Ende — nicht der Ballbetrieb, nicht das luxuriöse Festtreiben, die gehen weiter, die Würdenträger amüsieren sich weiter, die höheren Gattinnen führen weiter ihre großen Abendkieder aus — aber die Leser erfahren es nicht mehr, der Vorhang zwischen Neuadel und Volk ist herabgelassen, die Gucklöcher sind sorgsam verhangen. Die Öffentlichkeit wird nur noch ausführlich unterrichtet, wenn ein Prinz zwei Nächte im Arbeitsdienstlager verbrachte, wenn ein Führer sich zwischen zwei Mauern auf eine Holzbank setzte, wenn ein Minister die Suppe im Obdachlosenasyll zu kosten geruhte.

Denn zu den wichtigsten Herrscherprinzipien der braunen Dynastie gehört die Lüge um jeden Preis, die Lüge in jeder Lebenslage. Spartanische Einfachheit predigen und sich im Luxus sonnen, den Sozialismus verherrlichen und den Kapitalismus fördern, die unüberbietbare, unverbrüchliche, unvergleichliche Friedensliebe des Dritten Reiches in alle Welt rufen — und den Krieg mit allen Mitteln vorbereiten: Das ist ihre Art zu herrschen. Um die verbotenen fünf Blätter ist es nicht schade — um welche Zeitung des Dritten Reiches wäre es schade? — aber ihr Verbot liefert einen neuen Beweis dafür, daß jede

Alarm in Danzig

Vor nationalsozialistischen Kraftproben im Osten

Seit Hitler die Freie Stadt Danzig mit dem Mittel des Terrors erobert hat, ist dieses Land des Völkerbundes ein Experimentierfeld für die krasen Ideen des Dritten Reiches.

Hier marschieren nicht nur alle Tage viele tausende uniformierter SA- und SS-Männer durch die Straßen der Städte, der Dörfer und schlagen alles nieder, was sich ihnen auch nur durch Worte entgegenstellt, hier auf dem Gebiete der »Freien Stadt Danzig« im Angesicht eines Vertreters der Gesellschaft der Nationen, des Oberkommissars des Völkerbundes werden tagtäglich die Verfassungsgrundlagen der freien Stadt verletzt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, des politischen und des kulturellen Lebens.

Kaum war die Abstimmung im Saargebiet beendet, so propagierten die Nationalsozialisten eine Abstimmung in Danzig. In den Köpfen der Nazis in Danzig spukt nämlich der Gedanke,

daß nach der Saar zuerst die Memelfrage aufgerollt und natürlich zugunsten Deutschlands entschieden werden muß, und dann kommt Danzig an die Reihe.

Um dieser Stimmung entgegenzukommen, hat der Oberbefehlshaber der Danziger Naziregierung, der preußische Staatsrat Forster Neuwahlen zum Danziger Parlament ausgeschrieben lassen.

Anlaß dazu boten zwei Beschwerden, die die katholischen Teile des Danziger Volkes an den Rat des Völkerbundes gerichtet haben, und die der Rat in seiner letzten Sitzung auf die Maitagung verschoben hatte, weil der Präsident des Senats es verstanden hatte, sich aus der unangenehmen Situation herauszuziehen durch das Versprechen, mit den Einsendern in Danzig direkt zu verhandeln, um die Beschwerden gegenstandslos zu machen. Danziger politische Kreise haben nicht an die Zusage geglaubt und sich gewundert, wie der Rat des Völkerbundes so leichtgläubig den Erklärungen folgen konnte.

Kaum war die Ratsitzung geschlossen, so erfolgte die erste »Versöhnung« durch ein Verbot der »Danziger Volksstimme«.

Ein paar Wochen später überraschte die Danziger Öffentlichkeit ein Schreiben des Präsidenten des Senats, Greiser, in dem folgendes als Ursache der plötzlichen Wahl angegeben wird:

»Ich beehre mich Ihnen folgendes mitzuteilen: Bei der letzten Völkerbundstagung im Januar in Genf haben die von einem Teil der katholischen Pfarrer in Danzig beim hohen Kommissar des Völkerbundes, sowie von Zentrumsseite eingereichten Beschwerden, eine Rolle gespielt. In der Verhandlung dieser beiden Petitionen vor dem Rat ist von seiten des Senats der Freien Stadt Danzig durch mich der Wille zum Ausdruck gebracht, durch direkte Verhandlungen mit den Petenten in Danzig die Beschwerden gegenstandslos zu machen. Nach meiner Rückkehr von Genf habe ich diesen Willen in Danzig realisiert und die Verhandlungen in Gang gebracht.

Die bisherigen Verhandlungen mit den Vertretern der Priesterschaft lassen den Schluß zu, daß über die Petition eine Annäherung und ein Ausgleich erzielt werden dürfte. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Dagegen wird es nicht möglich sein, mit den Vertretern des Zentrums zu einer Einigung zu kommen. . . . Bei dieser Sachlage erscheint es dem Senat notwendig, den Willen der Danziger Bevölkerung durch Volkstagsneuwahlen eindeutig vor aller Welt feststellen zu lassen.«

Weil es also über eine Petition einer Partei, die berechtigte Beschwerden hat, nach der Ansicht des Senats zu keiner Einigung kommt, deshalb werden Neuwahlen ausgeschrieben, obwohl die Regierung von der Zentrumsparlei gar nicht abhängt. Nein, die wahren Ursachen der Neuwahl liegt auf einem anderen Gebiete:

Die Nazis wollen die demokratische Verfassung der freien Stadt Danzig und die Grundlagen derselben, die Pariser Konvention und den Vertrag von Versailles, soweit er auf Danzig Bezug nimmt, erschüttern und dem Räte des Völkerbundes beweisen, daß das Danziger Volk einen hitlerischen Staat an der Weichsel haben will.

Die Nazipartei, an die dieses Schreiben

des Senats gerichtet ist, hat den auch sofort einen Antrag im Danziger Parlament eingebracht, wonach der Volkstag aufzulösen und Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen.

Diese Wahlen sollen am 7. April stattfinden. Der Gauleiter der Nazipartei in Danzig, Forster hat bereits in einer Versammlung den Wahlkampf eröffnet mit der Parole »Gegen den Separatismus« der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschnationalen. Nach Forster sind alle Separatisten, die den Hitlerismus ablehnen.

Der Beginn dieser Wahlschlacht zeigte sich bereits in einem Ueberfall auf den deutschen-nationalen Rechtsanwalt Weise, den Führer dieser Partei, der eine Gehirnerschütterung und schwere Verletzungen davon getragen hat. Ebenfalls wurden sozialistische Versammlungen überfallen und die Teilnehmer schwer mißhandelt. Die Zentrumszeitung, die Danziger Volkszeitung, hat in ganz kurzer Zeit zwei scharfe Verwarnungen erhalten.

Die Sozialdemokraten haben nun im Parlament den Antrag gestellt, daß für die Wahl zuerst die Wahlfreiheit hergestellt und entsprechende Sicherungen geschaffen werden, damit das Danziger Volk wirklich frei und unbedroht entscheiden kann. Es ist nicht damit zu rechnen, daß dieses Verlangen verwirklicht werden wird.

Auch diese Wahlen werden sich unter dem schärfsten Terror der Nazi abspielen und das Wahlergebnis wird keine wahre Stimmung des Volkes offenbaren. Trotzdem gehen die Oppositionsparteien mit aller Kraft an die Wahlarbeit.

Mögen die Garanten des Danziger Staates alles tun und nichts unterlassen, daß die Freiheit in diesem einzigen Lande des Völkerbundes nicht endgültig zerstört wird! Danzig ist ein Pulverfaß im Osten Europas, das sehr sorgfältig behandelt werden muß, wenn es nicht der zündende Funke für einen großen zukünftigen Brand werden soll.

Wahrheit auch die scheinbar harmlose, mit der braunen Taktik unvereinbar und deshalb für das Propagandaministerium unerträglich ist.

Hitler in Algerien

In einer Zeitung, die nicht in Reichsdeutschland erscheint, lesen wir in einem Artikel über Algerien:

»Die verschiedensten Instinkte, die in der Volkseele schlummern, äußerten sich auf heftige Art. Unter anderem auch in Antisemitismus. Man erinnert sich des Gemetzels von Constantine im letzten August, welcher blutige Vorfall kürzlich eine ebenso blutige Wiederholung fand. Araber und Kabylern begrüßen ihre Führer mit erhobener Rechten, und wenn in einem Kino Hitler auf der Leinwand erscheint, so brechen die Eingeborenen in Beifallsstürme aus.«

Hier äußert sich der Wille der Primitiven zur deutschen Kultur! Die noch primitiv sind, freuen sich der Bekanntschaft derer, die es endlich wieder geworden sind. Europa dringt in Afrika ein — und Afrika in Europa. Heil Karabamba!

Mythos auch in der Außenpolitik

Rosenberg hat vor Diplomaten und der Weltpresse eine Rede gehalten, in der er sehr stark unterstrich, daß die gegenwärtige Außenpolitik des Regimes auf seinem Mythos des 20. Jahrhunderts beruht. Gegen andere Auffassungen polemisierte er u. a. so: »Weltanschauung in der Außenpolitik, das ist ein Satz, der von vielen Realpolitikern schon von vornherein zum mindesten als schief bezeichnet werden würde. . . Dieser Satz läßt sich zweifellos auf die nationalsozialistische Außenpolitik anwenden.«

Kein Zweifel, daß er hier in erster Linie den Kampf gegen den Bolschewismus auch auf die Außenpolitik übertragen wissen will. Aber Rosenberg merkt auch, daß dabei mancherlei Inkonsequenz begangen wird, denn die Bundesgenossen entsprechen gar nicht immer der Weltanschauung und dem Mythos. So fügt der Fuchs hinzu: »Es scheint aber gewagt, ihn ganz allgemein als Grundsatz anzunehmen.«

Blick nach dem Osten

In den deutschen Zeitungen findet man jetzt häufiger Hinweise auf die beträchtliche Stärke der russischen Armee. Selbst Bücher erscheinen darüber. Die Stellungnahme der einzelnen Artikel und Veröffentlichungen ist indes nicht gleich. Die »Frankfurter Zeitung«

fügt ihren dauernden Mahnungen, mit Rußland aus wirtschaftlichen Gründen übereinzukommen, nun indirekt militärische Argumente hinzu. Zumindestens aber läßt sie klar durchblicken, wie abenteuerlich es ist an einen Zweifrontenkrieg gegen West und Ost zu denken. In der Nummer vom 27. Februar schreibt sie im Leitartikel »Siebzehn Jahre Rote Armee« u. a. folgendes:

»Der Schöpfer dieser Armee lebt heute verbannt im Auslande, sein Werk aber besteht fort und ist gerade nach seinem Sturz in immer eindrucksvollerem Maße ausgebaut worden. Der Geist enger Verbindung des neuen Sowjetstaates mit der Armee, die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens mit den Ideen des militärischen Stolzes und militärischer Notwendigkeit sind stärker denn je.«

Klar spricht die F.Z. aus, daß dies vor allem das Resultat ständiger Einkreisungsdrohungen ist und es wird betont, daß der Abwehrwille dieses Landes außerordentlich stark ist.

»Soviel Widerstand und gefühlsmäßige Ablehnung man auch immer den Versuchen der Sowjets entgegenbringen mag (der Artikel ist in Deutschland, nicht in England geschrieben! d. V.) ihr Volk durch die Wiederkehr und Verschärfung des asiatischen Despotismus glücklich zu machen, so unbestritten werden immer ihre Leistungen beim Neuaufbau des Heeres bleiben. Heute, siebzehn Jahre nach dem militärischen und moralischen Zusammenbruch der Zarenarmee, gehört die Sowjetunion zu den stärksten Militärmächten der Erde.«

Ausdrücklich wird auf die Details der russischen Militarisierung verwiesen. Die F. Z. findet die höchsten Töne der Anerkennung. Und zwischen den Zeilen steht immer wieder zu lesen: und da willst du Narr, Rosenberg, Krieg gegen die Sowjetunion führen. Und der Rosenberg liest das auch wirklich heraus. Der Vorschlag eines deutschen Komikers, die Zeilen so eng aneinander zu drucken, daß man nicht mehr zwischen den Zeilen lesen kann, hilft da nichts. Nicht zufällig verstärkt der Kreis um Rosenberg seine Kampagne gegen die F.Z., die dem Nationalsozialismus in vieler Hinsicht, auch in der Außenpolitik, nicht behagt.

Terror und Fall Formis

Französischer Jurist fordert in Berlin internationale Terrorbekämpfung.

In einer Vollsitzung der Akademie für Deutsches Recht in Berlin sprach kürzlich, von Reichsminister Dr. Frank überschwinglich begrüßt, der Professor an der Sorbonne, Donnedieu de Vabres, über internationale

Bekämpfung der Delikte des Völkerrechts. Als solche Delikte bezeichnete er nicht nur die Seeräuberei, den Sklavenhandel usw., sondern auch den Terrorismus. Gegen ihn wie auch gegen die anderen völkerrechtlichen Delikte forderte er die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofes. Was vor allem notwendig sei, so sagte er, sei »die Ueberwindung des Partikularismus der Völker.« Das Dogma der absoluten Souveränität der Staaten müsse hier dem Internationalismus der Verbrechensbekämpfung weichen.

Der Franzose dachte, als er vom Delikt des Terrorismus sprach, wahrscheinlich zunächst an das Attentat von Marseille, die Ermordung des Königs von Jugoslawien und des Ministers Barthou durch südslawische Terroristen. Es mag aber manchen gegeben haben, der während seiner Rede die blutigen Schatten der Formis, Theodor Lessing, Rotter und Bell durch den Saal schreiten sah. Und der französische Professor? Dachte er daran, daß die Regierung, von der er sich feiern ließ, selber vor den Internationalen Gerichtshof gehört, dessen Errichtung er fordert?

Raufboldlisten. Die deutschen Zeitungen teilen mit, daß in Verden an der Aller ein Mann, der seine Mitmenschen mit Steinen bewarf, auf die »Raufboldliste« gesetzt wurde. An diese Nachricht haben sich im Ausland falsche Gerüchte geknüpft. Die deutsche Regierung legt deshalb Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß die Raufboldliste nicht mit den Mitgliedern der SA, SS und der Hitlerjugend identisch ist. Diese werden gesondert geführt.

Schlecht erzogen



Französisch-englischer Chor: Willst Du mit uns Frieden spielen? — Hitler: Kriepert, Ihr! (Le Rire, Paris.)

Die Schande der Schutzhaft

Potemkinsche Dörfer für Gutgläubige

Am 6. März 1935 ist ein Reichserlaß über die Schutzhaft ergangen.

In den Jahren 1931 und 1932 wurde Schutzhaft immer nur bis zu drei Monaten Höchstdauer, gegen zirka 2600 Personen verhängt, einschließlich der Strafen wegen Übertretungen. Politische Schutzhaft war ganz geringfügig und erstreckte sich meistens auf Tage. Damit hat man im Dritten Reich entschieden Wandel geschaffen. Die Sache begann bekanntlich drei Tage, nachdem Frick vor der gesamten deutschen Presse erklärt hatte, das nationalsozialistische Regime habe es nicht notwendig, mit dem Mittel der Versammlungs- und Zeitungsverbote zu arbeiten. Damals hatte man aber noch die B.-Linng-Notverordnungen als Muster. Nach § 22 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (RGBl. I, S. 35) wurde „im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen, wer in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81 bis 86, 92, Nr. 1, des Strafgesetzbuches (Hoch- und Landesverrat) oder § 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse strafbaren Handlung stand“. Immerhin: die polizeiliche Haft durfte nicht länger als drei Monate dauern und mußte bei gerichtlicher Untersuchung aufgehoben werden. Das war einmal!

Mit dieser »Humanitätschule« hat dann die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 schleunigst Schluß gemacht. Der Reichstag war gerade angesteckt worden, und dieses von den Nazis selbst begangene Verbrechen benutzte man, um im § 1 zu dekreditieren:

„Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimlichnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.«

Auf Grund dieses diabolischen Gesetzesparagrafen sind zehntausende Sozialdemokraten und andere politische Gegner des Systems in die Konzentrationslager gewandert, wurden in den Polizeihöhlen gemartert, wurden Bibliotheken, Einrichtungen gestohlen, ganze Häuser demoliert, Menschen gejagt und gehetzt.

Aber dem deutschen Volke und dem Ausland wollte man Potemkinsche Dörfer vormachen. Man bestritt alle Greuel, und erst am 12. Dezember 1934 erdärte Herr Göring pathetisch:

„Wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß die Konzentrationslager Folterstätten seien, so erkläre ich derartige Behauptungen für frei erfunden und böswillig erdacht.“

Man operierte mit dem Ausdruck „Schutzhaft“ und streute den Kritiklosen Sand in die Augen.

Es folgte das Gesetz über die Errichtung einer Geheimen Staatspolizei vom 26. April 1933, aber den neugierigen Auslandsjournalisten erklärte man, in Deutschland geschähe nichts, keinem würde ein Haar gekrümmt werden, und Hitler sprach von der unblutigsten Revolution des Jahrhunderts. Doch schon am 13. Oktober 1933 erließ man mir nichts, dir nichts das Blut-„Gesetz“ zur Gewährleistung des Rechtsfriedens, nach dem mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wurde, wer irgendeinem der politischen Kriminal-, Bahn-, Forst-, Zoll-, Schutz-, Sicherheitsbeamten oder einen Angehörigen der nationalen Partei tötet, auch wenn Notwehr vorliegt, oder zu einer solchen Tötung auffordert oder eine solche Tötung mit einem andern verabredet. Auslandsdruckschriften verbreiten oder aus dem Ausland einführen, soweit sie verboten sind, kann mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden. In jüngster Zeit sind für solche Vergehen in Nürnberg und Düsseldorf Strafen von 3 bis 15 Jahren Zuchthaus verhängt worden!

In die Polizeigefängnisse, in die ordentlichen Gefangenenanstalten, vor allem aber in die Konzentrationslager pferchte man auf Grund ungesetzlicher Handlungen persönliche Feinde, schlechte Kunden, Juden, Sozialisten, Pazifisten, Kommunisten, aber auch Deutschnationale, oppositionelle Nazis landeten in Oranienburg, alles auf Grund

des § 1 jener ominösen „Brandschutzverordnung“ vom 28. Februar 1933.

In Stettin marterte man ein paar Konservative, Papen erhielt täglich Hilferufe aus dem Lande, die Auslandspresse schob unsanft die Potemkinschen Kullissen beiseite — und man rettete sich in den Erlaß des preussischen Ministerpräsidenten über Anordnung von Schutzhaftmaßnahmen vom 11. März 1934, dem jetzt, am 6. März 1935, ein Reichserlaß gefolgt ist. Aus beiden Erlässen ist zu ersehen, wie tief der Abgrund ist, in dem das deutsche Volk heute gestürzt ist, daß Diktatur im wahren Sinne des Wortes nackte Willkür bedeutet.

Da heißt es bekanntlich in dem Erlaß vom 11. März 1934, daß die bisher für die Anordnung der Schutzhaft aus politischen Gründen geltenden Zuständigkeitsvorschriften mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Nur das Geheime Staatspolizeiamt, die Ober- und Regierungspräsidenten, der Polizeipräsident von Berlin, die Staatspolizeistellen dürfen auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 Schutzhaft aus politischen Gründen verhängen; also nicht mehr die SS und SA oder Dr. Ley oder der oder jener Parteigewaltige. Schon damals schrien die Mißstände auf dem Gebiete der Schutzhaft zum Himmel, so daß selbst Göring anordnen mußte, „unverzüglich die Entscheidung des Gerichts über die Verhängung der gerichtlichen Untersuchungshaft herbeizuführen“, wenn die Schutzhaft „als provisorische Maßnahme wegen des Verdachts einer strafbaren Handlung angeordnet wurde“. Dienststellen der Partei oder Verbände „dürfen Festnahmen von sich aus nicht tätigen“. Das glatte Eingeständnis der nackten Willkür! Aber nichts wurde geändert, alles blieb beim alten. Die Konzentrationslager wurden beibehalten, kein Gefangener wurde auf Grund des Erlasses (der für das Ausland so klang, als wollte man zu normalen gesetzlichen Zuständen zurückkehren) entlassen.

Aus den neuesten Schutzhaftbestimmungen ist leicht ablesbar, welche Zustände auch wieder im letzten Jahr auf diesem Gebiet obgewaltet haben müssen. Der Erlaß beginnt schon vielsagend: „Um den bei der Verhängung der Schutzhaft aufgetretenen Mißbräuchen abzuhelfen“, wird angeordnet, „daß Schutzhaftbefehle nur erlassen werden dürfen: a) zum eigenen Schutz des Häftlings, b) wenn der Häftling durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet“.

Nun aber wird in einem zweiten Absatz ausgeführt, wann die Verhängung der Schutzhaft nicht zulässig ist, und wir sehen ein paar eingestandene Mißbräuche, sozusagen amtliche Greuel.

Demnach hat man Staatsbürger in die Konzentrationslager gesperrt, „die lediglich von einem Anspruch (z. B. Anzeige, Klage, Beschwerde) Gebrauch machen“ oder Rechtsanwälte, die nichts weiter taten, als pflicht-

gemäß die Interessen ihrer Klienten zu vertreten; oder man machte mit den neudeutschen Methoden Bekanntschaft, wenn man irgendeine persönliche Angelegenheit, „z. B. Beleidigungen“, hatte oder — und hier hat wohl Herr Schacht seinen Einfluß geltend gemacht — „wegen irgendwelcher wirtschaftlicher Maßnahmen (Lohnfragen, Entlassung von Arbeitnehmern u. dgl.)“. Der Traum der Deutschen Arbeitsfront und ihres Trunkenboldes Ley, auf diese Weise die soziale Frage zu lösen, ist damit schnell ausgeträumt, denn dieser Anordnung wird entsprochen werden müssen.

Die Schutzhaft ist ferner nicht zulässig zur Ahndung strafbarer Handlungen, „denn dafür sind die Gerichte zuständig“. Sollte also jetzt die Kompagnie Krimineller in Lichtenburg aufgelöst werden, die dort ihre Strafe verbüßt? Auch gegen die Wiederholung des Falles des Reichabankrates Köppen will man jetzt einen Riegel schieben, weil die Schutzhaft „nicht allein aus dem Grunde verhängt werden“ kann, „weil sich eine Person unsozial oder sonstwie verwerflich verhält“; aber für alle Fälle fügt man hinzu, „es sei denn, daß dadurch eine Erregung im Volke hervorgerufen und deshalb eine Schutzhaft zum eigenen Schutz des Häftlings notwendig wird“. Wie so eine Erregung hergestellt wird? Göbbels ordnete an, daß nach der Saarabstimmung die Berliner Bevölkerung sich um 19 Uhr vor dem Reichstagsgebäude „zu einer spontanen Kundgebung“ versammle.

Wieder heißt es bei der Behandlung der Zuständigkeit, daß „insbesondere die Dienststellen der NSDAP und der SA nicht zur Einschutthafnahme befugt sind“. Was war also der Göring-Erlaß wert, der dasselbe schon ein Jahr vorher anordnete?

Zukünftig soll — so steht es auf geduldigem Papier gedruckt — dem Schutzhaftling „innerhalb 24 Stunden nach der Festnahme ein schriftlicher, unterschrieben vollzogener Schutzhaftbefehl“ ausgehändigt werden, woran es also bisher meistens gefehlt hat. Die nächsten Angehörigen sollen auch benachrichtigt werden können, Alles Mißbräuche, sämtlich eingestanden!

Zum Schluß, allerdings nur ein Satz und — laßt alle Hoffnung fahren: „Die Schutzhaft ist ausschließlich in staatlichen Gefangenenanstalten oder Konzentrationslagern zu vollstrecken“. Das beseitigt theoretisch „schon“ nach zwei Jahren die SA- und SS-Keller, aber längst tobt sich der Sadiasmus nur noch in den Konzentrationslagern aus, und auch die Polizei geniert sich nicht, wehrlose Gefangene zu prügeln. Die bittere Erfahrung lehrt uns, daß auch dieser Erlaß auf dem Papier stehen bleiben wird wie der vorjährige — und er nur geeignet ist, alzu Gutgläubigen Sand in die Augen zu streuen. Man versucht, Potemkinsche Dörfer aufzubauen, hinter deren Fassaden die braune bestialische Barbarei fröhlich weitergeht, bis das System eines Tages mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden wird. Hermann Walter.

Aufschwung für den Farbenteufel

Der Mammutrust der I. G. Farbenindustrie ist schon vor Hitler eine politisch entscheidende Kraft in Deutschland gewesen. Er hat dem deutschen Reiche zwei Minister geschenkt. An politischem Einfluß hat sie inzwischen nicht eingebüßt, wenn sie sich auch begnügt, hinter den Kulissen zu wirken. Im Gegenteil: da der wirtschaftliche »Aufschwung« wesentlich auf Aufrüstung beruht, hängt vom Farbentrust und seinen Leitern noch weit mehr ab als vor Hitler. Man kann sagen, daß der »Aufschwung« wesentlich ein Aufschwung für den Farbentrust ist. Im Jahre 1933 betrug der Export allein der I. G. Farbenindustrie rund 460 Millionen Mark, auf ihn allein entfiel also rund ein Achtel der deutschen Gesamtausfuhr. In der Zeit katastrophaler Devisenknappheit und rasenden Aufrüstungstempos — beides gehört zusammen wie die zwei Seiten einer Medaille — ist es entscheidend, daß der Farbentrust zugleich der größte deutsche Devisenlieferant und der größte Lieferant von Ersatzstoffen ist. Er bildet also ein entscheidendes Element der wirtschaftlichen und militärischen Kriegsvorbereitung. Die I. G. Farbenindustrie hat für 1935 einen Kalender an die Presse versendet, der mehr enthält als die vorgeschriebenen Jahres-

berichte und sehr aufschlußreiche Feststellungen macht.

Im Jahre 1931 war die Ausfuhr mit mehr als 55 Prozent, also fast zwei Drittel am Gesamtumsatz beteiligt. Ziffern über die Entwicklung der Ausfuhr beim Farbentrust wurden zwar nicht angegeben, wohl aber Zahlen über die deutsche Chemieausfuhr überhaupt. Aus ihnen lassen sich Rückschlüsse auf den Farbentrust ziehen. Die deutsche Chemieausfuhr betrug 1931 993, 1933 nur noch 688 Millionen. Sie ist also um fast ein Drittel zurückgegangen. Auch der Farbentrust muß also am Export kräftig eingebüßt haben. Die Schrumpfung der Ausfuhr bedeutet für die I. G. eine empfindliche Schlappe. Um so mehr fällt auf, daß sie zur Stärkung und Ausdehnung ihrer Erzeugungsfähigkeit im letzten Jahr mehr ausgegeben hat als je zuvor. Die Belegschaft war von 66.500 Personen Ende 1932 auf 89.200 Ende 1934 erhöht, also um etwa ein Drittel. Weit stärker zugenommen haben aber die Aufwendungen für Investitionen. 1932 wurden für Neuanlagen und Reparaturen zusammen 86 Millionen Mark ausgegeben. Für 1934 war allein für Neubauten ein Programm in Höhe von 90

Millionen Mark vorgesehen. Der tatsächliche Aufwand für Neuanlagen betrug aber 120 Millionen und für Neuanlagen und Reparaturen zusammen 250 Millionen Mark. Die Ausfuhr war also um ungefähr ein Drittel gesunken und zu gleicher Zeit die Investitionen auf das Dreifache gestiegen. Es ist nicht schwer zu erraten, daß »beträchtliche Teile dieser Neuinvestitionen auf die Hydrierung der Kunstseidenproduktion und die Erzeugung von anderen Kunststoffen entfallen«, also auf die Ersatzproduktion. Die Höhe der Aufwendungen zeigt aber in welchem Tempo die Ersatzproduktion und damit die wirtschaftliche Vorbereitung auf die Blockade vor sich geht.

In ihrem Jahresbericht über die Wirtschaft des Dritten Reiches wurde in der »Frankfurter Zeitung« mitgeteilt, daß Aufwendungen für die Produktion von Ersatzstoffen nicht gemacht worden sind, wenn das Reich nicht Beihilfe leistete. Bei der Ausdehnung der Erzeugung von Kunstspinnstoffen hat das Reich durch Beschaffung verbilligter Kredite geholfen. Damit der Farbentrust sein Verfahren zur Umwandlung von Braunkohle in Benzin in weitestem Ausmaße anwenden kann, ist die gesamte Braunkohlenindustrie durch Gesetz verpflichtet worden, die Kosten dafür aufzubringen. So befreit Schacht den Farbentrust von dem Risiko, das die riesenhaften Neuanlagen zur Ersatzproduktion wertlos wie altes Eisen werden, wenn Deutschland wieder in die Weltwirtschaft eingeschaltet ist. Inzwischen ist Hitler aufs eifrigste bemüht, dafür zu sorgen, daß dieser Zeitpunkt nicht eintritt, sondern daß die Welt weiter in Furcht vor den Schrecken eines zweiten Weltkrieges gehalten wird.

Kleine Diebe hängt man

Die Große Strafkammer Hildesheim verurteilte drei nationalsozialistische Amtswalter zu hohen Zuchthausstrafen. Sie waren am 2. Mai 1933 als Kommissare zur Gleichschaltung der Gewerkschaften eingesetzt worden und »haben während ihrer nur drei Monate dauernden Herrschaft erhebliche Mittel, die sich in die Tausende belaufen, verausgabt: Autofahrten, Kleidung, Wäsche und Besuch der Hannoverschen Kabarettas wurden von den Geldern bestritten«. In der Urteilsbegründung heißt es:

»Alle drei Angeklagte haben sich der schweren Untreue schuldig gemacht; sie waren als Amtswalter und in der NSBO tätig und mußten bei ihrer Tätigkeit unbedingt darauf sehen, daß sie eine »reine Weste« behielten.«

Wir verstehen die Entrüstung des hohen Gerichtshofes nicht ganz. Warum werden gerade die drei Hildesheimer Spitzbuben verurteilt, während die großen Diebe heute noch in hohen Ämtern sitzen? Ueberall im deutschen Land sind nach der »Reinigung« von den neuen Herren hohe Summen, Gewerkschaftsgelder, Arbeitergrotschen verjurzt, vertrunken, verbüßelt, verpraßt worden, und reine Westen sind in den braunen Amtsstuben noch seltener als unbeschriebene Vorstrafenregister. Die Hildesheimer Richter hätten ehrlicher Weise verkünden müssen:

Die Angeklagten haben im Geiste des Dritten Reiches gehandelt, sie haben ihre Pflicht so erfüllt, wie es von guten Nationalsozialisten erwartet werden konnte, sie verdienen gleich anderen alten Kämpfern die höchste Anerkennung ihres Führers. Die Angeklagten sind daher freizusprechen, die Kosten gehen zu Lasten der Staatskasse.

2000 Jahre Mißwirtschaft

Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Riesen verkündete seinen Stadtkindern, man plane den Bau eines neuen Bahnhofes, den Ausbau der Stellung Kölns im Eisenbahn- und Luftverkehr, die Erstellung eines Hitler-Thingplatzes und die Errichtung neuer Flughafengebäude. Er fügte diesen zumeist kriegerischen Versprechungen hinzu:

»Die Stadtverwaltung werde die Stadt einer Blüte entgegenführen, wie sie seit 2000 Jahren in der Geschichte nicht verzeichnet werden konnte.«

Wenn die alten Römer, die vor 2000 Jahren den Bau eines Bahnhofs und eines Flughafens verschlampt haben, im Jenseits diese Rede des Dr. Riesen lesen, werden sie sich in Grund und Boden schämen.

Unzerstörbarer Zusammenhalt. Mitte Februar starb in Kiel der 72 Jahre alte Genosse Gustav Garbe, langjähriger Führer der Kieler Metallarbeiter und mit der Entwicklung der Kieler Arbeiterbewegung aufs engste verbunden. Bei Zusammenbruch 1918 wurde Garbe Gouverneur von Kiel und später als Vertreter der Arbeiterschaft Leiter der Sozialabteilung der »Deutschen Werke«. Die Einkücherung im Krematorium gestaltete sich zu einer großen Demonstration der Kieler Arbeiterschaft, an der besonders viele der alten Funktionäre teilnahmen.

Der Sturz der deutschen Republik

Wie ein englischer Schriftsteller ihn erlebte

Im Verlag von G. Allen and Unwin in London erscheint soeben das Buch »The fall of the German Republic« von R. T. Clark. Wir entnehmen der wichtigen Publikation, deren Würdigung wir uns vorbehalten, das folgende Schlußkapitel.

Die Tragödie der deutschen Republik drängte zur letzten Szene. Scharf sprang der Terror auf. Er fand seine kennzeichnendsten Züge in einer brutalen, antisemitischen Bewegung, die mit ihren Konzentrationslagern dem englischen Leser jetzt ebenso bekannt ist wie die Folterkammern der Inquisition und die Marterpfähle der Rothäute. Weniger bekannt ist die völlige Kapitulation der Parteien und der Länder sowie der Kampf, der sodann innerhalb der siegreichen Mehrheit begann — die von Hitler beliebte Politik des Kuckucks — aber das gehört nicht mehr zur Geschichte der Republik, sondern zu der des Dritten Reichs, deren Ende noch nicht gekommen ist.

Die letzte Einzelheit, die zu ordnen war, war die konstitutionelle Erledigung des Reichstags, der zum 16. März einberufen war, um die absolute Gewalt an die Regierung zu übertragen. Das erste war, daß man die Kommunistische Partei für illegal erklärte und den legalen Terror gegen sie losließ. Die zweite Aufgabe war, die beiden anderen Parteien, die vielleicht standhalten konnten, zu bezwingen, denn in ihrem naiven Vertrauen auf die Leichtgläubigkeit des Auslands wünschte die Regierung nicht nur die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit, sondern ein einstimmiges Votum. Mit dem Zentrum wurde nach langem Handeln eine Vereinbarung zustande gebracht. Entsprechend seinem Prinzip, sich niemals auf eine oppositionelle Haltung festzulegen, erklärte das Zentrum sich bereit, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Das war ein schändlicher Akt der Unterwerfung, für den es seinen Lohn erhielt, wenn auch nicht gerade denjenigen, den es mit Papen ausgehandelt hatte. Aber auch nach der Ausschließung der Kommunisten und dem Kompromiß mit dem Zentrum blieben noch die vereinsamten Gestalten der Sozialdemokratie. Sie waren manchmal zurückgeschreckt, wo geringerer Anlaß dazu war. Sie hatten sich schwächeren Stürmen gebeugt. Aber jetzt, wie sie es auch 1918 getan hatten, dachten sie nur daran, daß sie Deutsche waren. Alles war verloren. Ihre Welt in Trümmern, die Genossen im Gefängnis oder im Exil, die Anhänger eingeschüchtert und geschlagen. Und doch gab es noch etwas wie eine deutsche Ehre, und sie, die deutschen Sozialdemokraten, waren jetzt ihre letzten Verteidiger. Jede nur denkbare physische und moralische Pression wurde ausgeübt bis zum letzten Augenblick der Abstimmung, damit sie für die Regierung stimmen oder sich wenigstens der Stimme enthalten sollten.

Die letzte Parlamentssitzung, die man mit einem gewissen Schein von Recht noch als frei bezeichnen kann, fand in der Kroll-Oper statt. Es war ein seltsames und lehrreiches Schauspiel. Auf der einen Seite die gedrängt vollen Bänke der Nationalsozialisten, bunt von Uniformen, staatlichen Uniformen, Uniformen eigener Erfindung und frisch gewaschenen Braunhemden. Dann die Deutschnationalen in Gehrock oder Uniform, etwas verängstigt und erregt. Die Zentrumsleute unsicher aber doch nach abgeschlossenem Handel vergnügt. In ihren dunklen Reihen bleiben die Demokraten unbemerkt. Dann die Sozialdemokraten. Einige vom Typ der Gewerkschaftsfunktionäre, andere vom Typ der Intellektuellen, blaß und schweigend. Und schließlich der leere Raum, in den die Kommunisten gehörten. Gegenüber, auf den Bänken der Regierung, erschien als erster Dr. Josef Göbbels, der im letzten Augenblick aus Gründen, die er selber am besten kennt, in die Regierung als Propagandaminister sozusagen hineingeworfen worden war. Ueber allen das breitlächelnde Gesicht des Präsidenten Hermann Göring. Darüber und rund herum, Kopf an Kopf, die Masse der Zuhörer, vom Prinzen bis zum Bauern. Und draußen die ungeheure Masse der SA-Truppen, hier, dort, überall!

Die Sitzung war kurz. Inmitten eines Beifallssturms ging der Kanzler zum Red-

nerpult, um seine erste Reichstagsrede zu halten. Entgegen seiner Gewohnheit verlas er ein sorgfältig vorbereitetes Dokument, dem man deutlich anmerkte, daß es von der Partei des Reichspräsidenten redigiert war, eine Rede, die noch im letzten Augenblick auf dringende Vorstellungen des Auswärtigen Amtes hin in ihrem Ton gedämpft worden war, eine Regierungserklärung, farblos, rethorisch ineffektiv, ausgenommen die Momente, in denen der Führer, die ihm gesetzlichen Grenzen streifend, seine Augen von dem Schreibmaschinenbogen abwandte. Ein zweiter Beifallsausbruch, dem ein viel gewaltigeres Echo

Papens unverhohlenen Entsetzen auf, und so blaß wie Wels, aber voll Wut, die Laute hervorsprudelnd, verlangte er noch einmal das Wort. Jetzt war er ganz er selbst. Während er seinen Haß gegen den Marxismus ausspulte, schrie ihm die Versammlung immer und immer wieder ihren Beifall zu, und als er sich erschöpft niedersetzte, gab es eine Ovation, wie sie das Haus kaum noch erlebt hatte. Sodann erschien Kaas. Glatt, prälatenhaft freundlich. Er erklärte, daß das Zentrum — offenbar befriedigt durch den rednerischen Ausbruch von vornhin — für das Gesetz stimmen werde, das der Kanzler begründet hätte. Das Zentrum,

geschichtliche Tatsache, daß die deutsche Republik, wenn sie auch ohne Kampf unterging, nicht unterging ohne Protest. Nicht ohne Würde war die Republik zugrunde gegangen, und was sie in ihrem Untergang an Würde behielt, dankt sie den deutschen Arbeitern. Für den deutschen Liberalismus, trotz seiner glänzenden Vergangenheit, hatte sich keine Stimme erhoben.

Unter wüstem Gebrüll und wilden Drohungen gegen die einzige Gruppe des Reichstags, die ihre Ehre nicht verloren hatte, erklärte der Präsident den Reichstag für vertagt, bis es der Regierung gefallen würde, ihn wieder zu berufen. Die Diktatur hatte sich in Formen der Legalität etabliert. Die deutsche Republik hatte aufgehört, zu sein.

An ihre Stelle trat der Terror, der Deutschland in die Wildheit zurückschleuderte, der legale Terror, der kulturelle Terror, der künstlerische Terror, der moralische und der physische Terror. Man kann leicht angesichts all dieser Schrecken das seelische Gleichgewicht verlieren und mit ihm die Fähigkeit, zu unterscheiden, was nur augenfällig und was wirklich wichtig ist. Die Exzesse einer halberzogenen, neurasthenischen, phrasentrunkenen, und über alle Grenzen des Bewußtseins und der Scham hinaus fanatisierten Jugend sind wahrhaft grauenhaft. Aber sie sind unvermeidlich, sie sind einfach der Sieg des Untermenschlichen, und ein solcher Sieg wird immer solche Erscheinungen zeitigen. Viel grauenhafter noch ist die Tatsache, daß Deutschland, das zivilisierte Deutschland, das die volle sittliche und gesetzliche Verantwortung für das alles trägt, diese Exhibitionisten der Untermenschlichkeit als Nationalhelden behandelte — ewige Schändung einer ruhmreichen Geschichte! Viel grauenhafter ist es, daß die Edelsten Deutschlands, der Reichspräsident, der alte Adel, das Richtertum Beistand leisteten, während die Kanaille raste, daß sie den Taten bestialischer Grausamkeiten zustimmten, daß das Offizierskorps daneben stand mit einer zynischen Gleichgültigkeit, die nicht nur allen für unwahrscheinlich gehaltenen Gerüchten Wahrscheinlichkeit verleiht, sondern auch jedem Ehrenmann Recht gibt, der sich in Zukunft weigert, dem Träger einer deutschen Uniform die Hand zu reichen. Und das grauenvollste von allem: während die Freiheit in blutige Nacht versank, nahm kein Deutscher, kein Nachkomme des Arminius die Waffen zur Hand und kämpfte. Das tat nur ein armer Judenjunge, der wahnsinnig geworden war, als er gesehen hatte, wie seine Mutter geschlagen wurde, bis sie das Bewußtsein verlor.

Das Herrenvolk

Offiziere wünschen mehr Zivilcourage!

In der Zeitschrift des Reichsverbandes Deutscher Offiziere veröffentlicht Johann von Leers einen Artikel, in dem er allerhand braune Uebel anschnaidet. Der Kritiker gesteht dabei mehr, als er wohl gestehen will. Das Führerprinzip, klagte er, werde mißbraucht, wenn jeder Stammtisch seinen Führer wähle. Ebenso lächerlich sei das Spiel mit der Parteizugehörigkeit:

»Der Mieter hat Streit mit dem Hauswirt — schon wirft er sich in die Brust: »Als ich schon Nationalsozialist war, da waren Sie noch eine schäbige Demokratin!« Das hat mit der Frage der Treppenreinigung nichts zu tun, und doch kann man diese Beweisführung immer wieder hören. Zwei Menschen streiten sich über eine Frage aus der deutschen Geschichte — schon wirft sich einer in die Brust: »Ich bin doch Parteinummer soundso viel — meine Auffassung ist die allein nationalsozialistische!« — Dabei kann zugestanden werden, daß es große Teile der Geschichtswissenschaft, der Kriegsgeschichte wie der politischen Geschichte gibt, über die überhaupt keine nationalsozialistische Auffassung existiert. Im übrigen: die beste nationalsozialistische Auffassung einer wissenschaftlichen Streitfrage ist immer: die Wahrheit!«

Ja, wenn das so einfach wäre! Auf die Wahrheit steht in Hitlerdeutschland entweder Maßregelung oder KZ. Der totale Staat verlangt ganz offen, die Wissenschaft habe lediglich ihm zu dienen. Der braune Herr Leers wagt sich damit nicht auseinander zu setzen,

Sie John Simon inmitten Nazi-Militärs



»Tag, Herr Simon! Nett von uns, daß wir Ihnen doch erlaubt haben, zu kommen! Was?«

von draußen antwortete, dann ging er zurück zu seinem Sitz.

Ein Augenblick Pause — und dann rief der Präsident plötzlich den sozialdemokratischen Redner auf. Für eine Sekunde verbreitete sich Todesschweigen im Hause, während von draußen die drohenden Sprechchöre der SA hereindrangten. Weiß bis in die Lippen, den Mund zusammengepreßt, mit harten Zügen, in sichtbarem Bewußtsein der Schwere, des Ernstes und der Gefahr des Augenblicks, bestieg Otto Wels — laßt uns trotz aller begangenen Fehler dieses Namens gedenken — langsam die Rednertribüne. Den Kopf leicht gesenkt, aber die stöckige Gestalt gestrafft, die Schultern hochgezogen, als ob er in ein Gewehrfeuer hineinschritte. In etwas monotoner Weise gab er die Erklärung seiner Partei ab. Sie könne für dieses Gesetz nicht stimmen, damit würde sie ihre Vergangenheit verleugnen. Die Regierung könne ihr Eigentum und Leben nehmen, die Ehre nicht. Als Wels inmitten eines Höllengebrülls die Tribüne verließ, sprang Hitler zu

das einem Bismarck getrotzt und ihn geschlagen hatte, kroch nun vor einem Hitler. Ein seltsames Schauspiel für den nachdenklichen Betrachter der Menschheitsgeschichte!

Die Abstimmung erfolgte inmitten eines aufgeregten Getümmels, das einer Totenstille wich, als der Präsident die Zahlen verlas. Für die Regierung 441, gegen sie 91. Bis auf den letzten Mann hatten die anwesenden Sozialdemokraten gegen das Gesetz gestimmt. Eine glänzende Geste, würdig einer langen Ueberlieferung. Man mag sich daran erinnern, daß die Sozialdemokratische Partei mit einer ähnlichen, zwar vergeblichen, aber ausgezeichneten Geste in die Geschichte eingetreten war (dem Protest gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen. Red. „N. V.“). Diese letzte Geste war von derselben Art, und sie war nicht weniger glänzend, weil die Zeit für Gesten jeder Art vorüber war und nichts anderes die Folge sein konnte als Kerker oder Exil. Es war eine nutzlose Geste und doch eine notwendige. Es wurde

aber er schreit — und das entblößt auch mehr Elend, als er zugeben will — er schreit nach Bürgermut. Neben tüchtigen Männern seien bei der »nationalen Umwälzung« auch untüchtige mit in wichtige Ämter gelangt und hier zeige sich am deutschen Volk »der grenzenlose Mangel an Zivilcourage«:

»Auf die Dauer fällt es natürlich auf, daß dieser oder jener an irgendeinem höheren oder niedrigeren Posten stehende Mann moralisch nicht ausreicht, daß er unschuldig ist, anmaßend, bonzenhaft, daß er trinkt oder sonstwie nicht viel taugt. Daß nun aber ein ernsthafter Mann wirklich sachlich zusammenstellt, was gegen ihn einzuwenden ist und es der vorgesetzten Stelle einreicht, geschieht viel zu wenig. Gerade der nationalsozialistische Staat, in dem die Kritik der Presse an Menschen auch der unteren Gliederungen von Staat und Partei nicht zugelassen ist, braucht es durchaus, wenn die vorgesetzten Stellen auf Fehler und Mißstände aufmerksam gemacht werden. Das geschieht aber viel zu wenig, dagegen wird gemurmelt, geschimpft und Unzufriedenheit erzeugt, während der unzureichende Mann auf seinem Posten ruhig noch etwas länger Porzellan entzwei machen kann. . . . Aber gerade an diesem Mangel an Zivilcourage krankt das deutsche Volk, er ist besonders bei der Durchführung unseres Führerprinzips eines der schwersten Hemmnisse, denn durch sein Fehlen wird die Entfernung minderwertiger Personen von führenden Posten nutzlos verzögert zum Schaden von Volk, Partei und Staat.«

Früher brüllten die Feinde der Demokratie, das deutsche Volk eigne sich nicht für Demokratie. Jetzt entdecken enttäuschte Nazis, daß sich Hitlers Herrvolk auch nicht zur Durchführung des »Führerprinzips« eigne — wegen Mangel an Zivilcourage. Und die wiederum gedeiht nur in Demokratien, denn diese Courage setzt staatsbürgerliches Selbstbewußtsein voraus. Wie soll das im Lande des Maulkorbes, Gummiknüppels und Konzentrationslagers sein! Diktaturen brauchen die Ziviltätigkeit ihrer Mamelucken. Tatsächlich haben gerade in letzter Zeit die Naziblätter mehrfach denjenigen »scharfe Maßnahmen« angedroht, die die Behörden mit Anschuldigungen nationalsozialistischer Beamter behelligen. Auch in dieser Nazi-Drohung drüben und in der Forderung nach mehr Bürgermut hüben — Leers Artikel wird in etlichen gleichgeschalteten Blättern nachgedruckt — äußert sich der unterirdische Kampf in der Bürokratie.

Daß jedoch ausgerechnet der Reichsverband Deutscher Offiziere eines Tages mehr Zivilcourage fordern würde — darauf wäre der antifaschistische Satiriker auch nie gekommen. Wie muß es in Gangsterstücken, wenn ausgerechnet die Schleppe säbel und Epauletten vom Zivilistenpack mehr Selbstbewußtsein erbitten!

Um eine Petroleumlampe

Das Hamburger Sondergericht verurteilte einen Einwohner zu vier Monaten Gefängnis, weil er sich bei den Luftschutzübungen am 29. Januar geweigert hatte, seine Petroleumlampe auszulöschen.

Den Terror macht ihnen niemand nach!

Tante-Europa

Das Sammetpfötchen
Streckt plötzlich, — ja, wie denn? —
Eine scharfzackige Kralle aus,
Eine böse, böse Kratzkralle . . .

Die alte Tante erschrickt:
»Pfu, Mie, sei brav!
Und schaut, etwas besorgt,
Nach der geflochtenen Peitsche.

Die Mie aber miaut:
»Sie irren sich, Madame,
Wenn Sie mich immer noch
Für die Katz ansehen.

Was Sie vor zwei Jahren
Als Katze einkauften,
Ist, — nun darf ich es verraten, —
Ein junger Tiger gewesen!

Zwei Jahre etwa gebraucht
Ein Tiger, um auszuwachsen.
Nun wären wir so weit.
Madam, Ihre Peitsche lächert mich!

Er sperrt einen formidablen Rachen auf.
Die alte Tante ruft entsetzt:
»Und ich hab das zwei Jahr lang nicht
bemerkt!
Sie fällt in Ohnmacht . . .

Moral:

Stelle dich während einer halben Stunde
Einmal neben einen jungen Tiger:
Ausgeschlossen, ihn wachsen zu sehen!
Da stehste völlig machtlos vis-à-vis.

Muckl.

Blubo-Blödsinn

»Wie lieblich um meinen entfesselten Busen
der braune Wahnsinn spielt.«
(Frei nach Wieland.)

Hans Leip, der bekannte Hamburger Schriftsteller, ist ein Opfer der Blubo-Manie geworden. Das folgende, steinerwelchende Gedicht aus seiner Darré-begnadenen Feder fanden wir in der »Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung«:

HOF IM KOOG.

Von Hans Leip.

Es heißt ein Koog »Im Himmelreich«,
es liegt ein Marschhof hinterm Deich.
Vieh weidet fett im fetten Gras,
der Knecht ist braun, die Magd ist blaß.

Es murr't der Knecht von ungefähr,
daß er viel lieber Seemann wär.
Barfuß die Magd zum Melken geht,
die Sonne ihr zu Füßen steht.

Ein Kiwitt klagt am Himmelsaum,
es pflückt ein Wind am Magerbaum,
es ruft ein Dampfer überm Deich,
es weilt ein Rauch im Himmelreich.

Der Knecht schneid't stumm das schwarze
Brot,
das Messer loht vom Abendrot.
Der Herr blickt stumm, die Frau nickt
stumm,
die Magd rührt stumm die Suppe um.

Der Nebel rollt durchs Weidentor,
er reicht dem Kälbchen bis ans Ohr,
darein der Mondmann Märchen sagt,
es schläft der Knecht, es weint die Magd.

Die Sonne übers Kimmfeld schwimmt,
der Knecht sein armes Bündel nimmt,
ein andrer Knecht am Gatter steht,
barfuß die Magd zum Melken geht.

O jeh, o jeh! Wir befürchten, die Gestapo
wird eingreifen und Herrn Leip zeigen, was

eine Harke ist. Denn dieser leichtfertige Poet hat sich mit diesem seinem Opus schwer gegen den Bestand des Dritten Reiches vergangen. Da ist zuerst die Behauptung, nur der Knecht sei braun, die Magd hingegen blaß, gerade als ob es keinen B. d. M. gäbe, der auch die Mägd braun macht. Ferner geht die Magd barfuß zum Melken, als sei niemals eine Arbeitsfront geschaffen, die auf dem Wege der Volksgemeinschaft dafür sorgt, daß jeder Arbeitnehmer ein paar Stiefel sein eigen nennt. Außerdem geht aus der zweiten Strophe klar hervor, daß der Knecht unzufrieden ist, also zu den Meckerern und Miesmachern zählt. Seit wann ist es Aufgabe der Blubo-Dichtung, derartige Elemente zu verherrlichen?

Die dritte Strophe läßt jeden Blut-und-boden-gebundenen literarischen Instinkt vermissen. Der ungebildetste Hitlerjunge empfindet, daß auf die Zeile: »es ruft ein Dampfer hinterm Deich — —« nur die Zeile: »Heil Hitler! Hell dem Dritten Reich!« hätte folgen dürfen.

Wegen der vierten Strophe soll Julius Streicher alle notwendigen Schritte unternommen haben. Es heißt da: »Das Messer loht vom Abendrot.« Was heißt hier Abendrot? fragt Pegee Streicher. Zugegeben: ein vom Abendrot lohendes Messer ist außerordentlich lyrisch, aber diese Art Lyrik wirkt verweichlichend auf den Nachwuchs. Daher verlangt Julius Streicher, in bezug auf »Messere«, die alte Fassung mit dem davonspritzenden Judenblut mit Gebrauchsmusterschutz zu versehen, damit ähnliche grobe Verstöße gegen den neuen Kulturwillen des Volkes nicht wieder geschehen können. Wie wir hören, soll sich auf Wunsch des Führers die Reichskul-

turkammer entschlossen haben, zum Geburtstags-Streichers zweckentsprechende Bestimmungen zu erlassen.

Ueber die nächsten beiden Zeilen: »Der Herr blickt stumm, die Frau nickt stumm, die Magd rührt stumm die Suppe um«, schweben noch Untersuchungen mit dem Ziele, festzustellen, ob sich die Stummheit der handelnden Personen etwa als Opposition gegen die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland darstellt oder ob sie der Ausdruck feierlicher Ergriffenheit über das von der Magd gerührt werdende Eintopfgericht ist.

Wegen der vierten Zeile wird der Reichspropagandaminister persönlich eingreifen. Er muß die Schilderung des durchs Weidentor rollenden Nebels, der dem Kälbchen in Verbindung mit dem Mondmann Märchen ins Ohr flüstert, als eine hinterhältige Anspielung auf seine eigene Tätigkeit betrachten.

Im Grunde ist es schade um das Gedicht, da die letzte Zeile der fünften Strophe den vollen Beifall der regierenden Kreise findet. »Es schläft der Knecht, es weint die Magd!« Wundervoll, wie hier das einfache weibliche Wesen instinktiv die bevölkerungspolitischen Wünsche der Regierung erkennt und vor Empörung weint, weil der Knecht schläft, d. h. seine nationalsozialistische Pflicht ihr gegenüber versäumt.

Wir raten dem Verfasser, nur diese Zeile stehen zu lassen, das übrige Gedicht aber umzuarbeiten. Wenn er dann noch bei Herrn Furtwängler anfragt, wie er am zweckmäßigsten zu Kreuze kriecht und um Verzeihung bittet, ist es möglich, daß er noch einmal mit dem Leben davonkommt.

Johann Sebastian Bach in Schutzhaft

Wie weit darf man im Dritten Reich
anzüglich werden?

Um des Leipziger Thomaskantors Johann Sebastian Bach respektive der zweihundert-fünfzigjährigen Wiederkehr seines Geburtstages willen, der auf den 21. März entfällt, stürzt sich in diesem Jahr 1935 das Dritte Reich in außerordentliche, ihm sonst nicht grade liegende literarische und künstlerische Unkosten. Ohne Anbringung einer diesbezüglichen Bronzetafel geht so etwas in Deutschland nimmer ab. In den Zeitungen erscheinen die befohlenen schwungvollen Festartikel, die immer über denselben Leisten geschlagen sind und sich lesen wie direkt von der Konfektionsstange heruntergeholt.

Immerhin: In der »Leipziger Illustrierten Zeitung«, hundertprozentig gleichgeschalteten Formates — vorne steht nicht viel und hinten, wo früher die Inseratenplantage lippig wucherte, steht noch viel weniger, riskiert Herr Fintelstein folgende, allerdings nur in Klammern stehende Anzapfung der »Rechtsverhältnisse« im Gegenwarte-

deutschland, indem er von Johann Sebastian Bach u. a. erzählt:

»Der musikbegeisterte Fürst Leopold von Anhalt-Köthen, der ihn im Konzert gehört hatte, wollte ihn an seinen Hof ziehen. Der Herzog Wilhelm Ernst weigerte sich aber, seinen Organisten herzugeben. Aus dieser auf seiner Entlassung bestand, wurde er »wegen starriger Bezeugung von zu erzwingender Dimission« verhaftet und auf der Landrichterstube eingesperrt und erst nach vier Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt. So durfte damals (und wie lange noch nachher?) willkürlich angemessene Gewalt mit dem Genie umspringen.«

Da ist es denn also glücklich heraus — dieses, zwar bescheiden der Klammer anvertraute: »Und wie lange noch nachher!« Da uns nicht bekannt ist, daß in den vierzehn Jahren der Schande irgend ein Genie nur wegen »starriger« Haltung ins Prison gekommen wäre, da selbst unter Wilhelm dem Zwoten der Knüttel seines Urahn Friedrich Wilhelm eigentlich doch nur noch musealen Wert hatte, — jener Knüttel, der sich grade den Buckel von Philosophieprofessoren und anderen Hofnarren aussuchte — ist der Schluß zwingend, daß die rhetorische Frage des Bach-Biographen Fintelstein in der »Leip-

ziger Illustrierten« nur den Konzentrationsherrlichkeiten des Hitler-Regimes in Freundschaft dediziert und zugeeignet sein kann. Was bei der totalen Gleichschaltung dieses Literaturproduktes wiederum beweist, daß sich selbst am dürren Holz, wenn die Frühlingswinde gar zu heftig wehen, noch Knospen zeigen können.

Rassestolz mit Unkosten

Es wird den Untertanen des Dritten Reiches nicht leicht gemacht, sich der arischen Großmutter zu erfreuen. Der Staat saugt seine Bürger buchstäblich bis aufs artelgene Blut aus und schenkt ihnen kein Tröpfchen davon. Wer irgend etwas werden will — und sei es auch nur Straßenkehrer — muß einen Stammbaum besitzen, und wer einen Stammbaum besitzen will, muß dafür zahlen. Die Frankfurter Presse- und Werbestelle teilt mit:

»Es ist ein Irrtum, wenn vielfach angenommen wird, daß alle Urkunden zum Nachweis der arischen Abstammung gebührenfrei auszustellen sind. Grundsätzlich sind vielmehr Gebühren zu entrichten.«

Das Vaterland wird den Deutschen immer teurer.

Die Abenteuer des sinnreichen Ritters von Franken

(Dem Cervantes nacherzählt.)

Auf einem heruntergekommenen Weingut in Franken lebte zur Zeit des Dritten Reiches ein Herr von Kischott. Er war im Weltkrieg Etappenkommandant in Belgien gewesen, nach der Revolution hatte er sich auf die Lektüre antisemitischer Schriften geworfen. Vor allem den »Stürmer« Julius Streichers hatte er von der ersten Nummer an Zeile für Zeile gelesen. Da er alles, was darin stand, aufs Wort glaubte, so konnte nicht ausbleiben, daß sein Restchen Gehirn gänzlich eintrocknete.

So faßte er den Entschluß, als fahrender Streicher durch die Welt zu streichen, allenthalben den jüdischen Giftwurm auszu-rotten, und die versklavten Blausüggigen und Blondnen beiderlei Geschlechts aus den Krallen Judas zu befreien. Zu dem Zweck putzte er seinen alten Armeerevolver und zog sein Motorrad, Marke Rosnanderer-Werke, aus dem Schuppen, darin es rostete.

Auf den Sozialsitz lud er seinen Verwalter, SA-Mann Pansen, nachdem er ihn zur Teilnahme am Zug mit folgender Erzählung gewonnen hatte: Eine blonde arische Jungfrau, Dulcinéa von Ostrowo geheißene, schmachte in den Händen jüdischer Ritualmörder, die darauf erpicht seien, durch rassenschänderischen Beischlaf das edle Weib für ewig untauglich zur Erzielung reinrassigen Nachwuchses zu machen. Ehe es dahin komme, müsse Dulcinéa von germanischen Edelingen befreit werden, denen dafür Dulcinéa angehören würde.

SA-Mann Pansen hatte erwidert: An der

Hitlerike läge ihm nichts — von wegen seiner Ollen —, mit der solle sich selbstwegen Herr von Kischott alleine amüsieren. Wenn er aber den jüdischen Lustreisen seinen SA-Dolch, von dem er leider den Namen Röhms habe herunterpolieren müssen, ordentlich in den Eingeweideln herumdrehen dürfe, würde ihm schon das ein Hochgenuß sein. Und was den voraussichtlichen Zaster der Hebräer anbetreffe, natürlich Halbpart!

So waren sie einig geworden. Eines Morgens knatterten sie das Tal der Pegnitz entlang. Ihr erstes Abenteuer erlebten sie mit der Schaffherde, die von Kischott wegen der vielen Hammelnasen für eine Verschwörer-Versammlung der Weisen von Zion hielt. Er fuhr mit seinem Rosnanderer-Motorrad mitten in die Herde, erhielt eine Tracht Prügel und ein Strafmandat, das indeßen der Frankenführer niederschlug.

Dann kam die bekannte Geschichte mit den Windmühlen, an denen das Drehen der Flügel Herrn von Kischott besonders ärgerte. Er glaubte nämlich, eine Anzahl riesiger Hebräer verspottete ihn durch mauschelnde Armbewegungen. Bei der Attacke brach er die Lenkstange und zerschrammte sein Gesicht.

SA-Mann Pansen, der seinen Herren verblichel gewarnt hatte, brachte den Zerschundenen in ein Wirtshaus. Hier bediente ein Mädchen, in der Herr von Kischott seine Dulcinéa erkannte. Sie zeigte sich gegen entsprechenden Douceur nicht spröde. Statt sie aber in ihre Kammer zu begleiten, erkundigte von Kischott sich so eindringlich nach ihrer arischen Großmutter, daß sie ihn schließlich unwillig in eine Kammer stieß, in der eine alte Frau, nämlich die Großmutter, schlief. Diese

wachte auf, schrie um Hilfe. Hinzukommende hielten von Kischott für einen langgesuchten Einbrecher, und er wurde aufs neue schlimm zugerichtet, bevor SA-Mann Pansen, der in der Wirtstube gesoffen hatte, das Mißverständnis mühsam aufklärte.

Nach einiger Zeit knatterten die beiden durch ein Tal, in dem ein stattliches weißes Gebäude mit großen Fenstern und gedeckten Galerien ringsum lag; das in den Schmachjahren der Weimarer Republik gebaute neue Krankenhaus.

»Siehst Du diese Zwingburg Judas?«, fragte von Kischott seinen Gefolgsmann. »Das ist eine der Höllen, in denen das germanische Blut edler Nordrasiger durch sogenanntes Serum in zersetzende Gärung gebracht wird, wie es die Juden Koch, Neißer, Virchow, Ehrlich, Wassermann usw. ersonnen haben, um die arischen Blutkörperchen abzutöten. Komm, laß uns den Schuft den Handwerk legen.«

Da Pansen in SA-Uniform war, gelangten sie ungehindert in das Gebäude und betraten den Operationsaal, in dem gerade der Chefarzt, assistiert von einem jüdischen Kollegen, ehemaligem Kriegsteilnehmer, einem Patienten den Blinddarm extirpierte.

Sofort zog von Kischott seinen Revolver, legte auf die Aerzte an und donnerte: »Ihr jüdischen Schufte! Gebt sofort den arischen Mann frei, den Ihr auf den Tisch geschallt habt, um ihn in sadistischer Weise zu martern. — Ha, ich sehe,« rief er, auf ein Gefäß mit blutigen Tampons zeigend, »Ihr zapft Euren Opfer das Blut für Oster-Mazzen ab! Jetzt hat Eure Schurkerei ein Ende. Wer diesen Märtyrer der nationalen Sache noch zu berühren wagt, wird von mir erledigt!«

Fortschritt des Todes

Die flüsternden Gewehre

Ende des Jahres berichteten Wiener Zeitungen, daß es dem österreichischen Hauptmann der Reserve, Heinz Hochstetter, gelungen sei, eines der wichtigsten Probleme der Rüstungstechnik, die Konstruktion eines lautlosen Gewehres, zu lösen. In einem Wiener Kasernenhof führte Hochstetter seine Erfindung den Pressevertretern an einer Mauserpistole vor. Wie berichtet wird, blieben tatsächlich jedes Mündungsfeuer, jeder Schall und jede Rauchbildung aus. Nur die Automatik der Pistole war hörbar. Wie es heißt, würde dieses Geräusch von normalem Straßenlärm weit übertönt werden.

Ueber die Konstruktion des Dämpfers von Hochstetter ist bekannt, daß sie auf mechanischen und chemischen Wirkungen beruht. Der Dämpfer enthält eine besondere Masse, die die Fähigkeit besitzt, die Explosionsgase, die Knall und Rauch verursachen, zu absorbieren. Die absorbierende Masse soll sich nach jedem Schuß selbst wieder regenerieren.

Hochstetter behauptet, daß es ohne weiteres und nur mit verhältnismäßig geringen Kosten möglich sei, die zurzeit in Oesterreich in Dienst stehenden Schusswaffen, vor allem die Maschinenpistolen, zum lautlosen Feuern umzubauen. Er selbst will ein besonderes Repetiergewehr konstruieren, das auf hundert bis zweihundert Schritt eingeschossen wird.

Was ist nun an dieser Erfindung? Als Hiram Maxim, Direktor der Waffenfabrik von Vickers Sons and Maxim, in England 1883 das Maschinengewehr erfunden hatte, da stieß er bald auf das Problem, das nun auch Hochstetter bearbeitet hat. Diese gefährlichen Maschinengewehre waren bei Tag durch ihren Schall und bei Nacht durch das Mündungsfeuer leicht zu entdecken. Im Jahre 1908 konstruierte deshalb Maxim zu seinem Maschinengewehr einen mechanischen Schalldämpfer. Dieser beruhte auf dem gleichen Prinzip, wie auch die modernen Schalldämpfer an den Automobilen. Es war eine vierzehn Zentimeter lange Büchse, die vor den Lauf geschraubt wurde. Sie trug im Innern eine Reihe einem Schneckenhaus ähnlicher Ringe. Die Militärfachzeitschriften der Jahre 1909 und 1910 sind voll von Konstruktionen für solche Schalldämpfer. Im Weltkrieg hat sich davon keiner als kriegsbrauchbar gezeigt.

Während diese mechanischen Schalldämpfer der Kleinkaliberwaffen die Explosionsgase kühlen, entspannen und dann nach außen ableiten, versuchte man bei der Artillerie schon immer andere Wege zu gehen. Denn gerade hier werden Schall und Mündungsfeuer besonders gefährlich. Die feindliche Schallmessung konnte man mechanisch durch Kreuz- und Querfeuer erschweren. Chemisch suchte man das Mündungsfeuer schon immer durch Salzvorgänge abzufangen. Bei Tag gelang dies auch, bei Nacht gab es kein Mittel.

Der beste Weg wäre natürlich ein Pulver, das sich bei der Explosion vollständig zersetzt. Der älteste Weg, Pulver ohne Mündungsfeuer zu erhalten, ist der Zusatz von Kampfer und anderen Stoffen. Schon vor dem Weltkrieg hatte man ein Pulver, das sich wirklich rauchlos zersetzt. Dieses Ammonpulver aus Ammonitrat und Holzkohle war jedoch hygrokopisch. Das heißt, es zog so schnell Feuchtigkeit an, daß es nicht kriegsverwendbar war.

In den letzten Jahren machten die Amerikaner Versuche an Feldgeschützen mit Schwarzpulver, mit rauchlosem Pulver und einem sogenannten FNH-Pulver. Dieses FNH-Pulver unterscheidet sich in seiner Rauchlosigkeit von dem bisherigen so weit, wie das bisherige sogenannte rauchlose Pulver vom Schwarzpulver. Das FNH-Pulver ist nicht hygrokopisch, aber es zündet noch schlecht.

Zu allen den Versuchen ist also zu sagen, daß man mit langen Röhren heute leicht eine gute Verbrennung erzielen kann. Das bedeutet dann aber einen großen Verlust an Mündungsgeschwindigkeit. Praktisch wird man also ein fast rauchloses Pulver und eine chemische Vorlage benutzen. Daß dies Hochstetter in besonders idealer Weise gelungen sei, kann man nicht behaupten, wenn sein Gewehr so geringe Mündungsgeschwindigkeiten besitzt, daß es auf nur hundert Schritt eingeschossen werden muß.

Daß jedoch das flüsternde Gewehr schon lange in guter Konstruktion existieren muß und für Spezialzwecke eingesetzt wird, zeigt ein Beispiel aus Nordamerika. Mohler, der Gesundheitskommissar für Maul- und Klauenseuche ließ im Juli 1924 den gesamten Hochwildbestand des Stanislaus-Nationalpark in Kalifornien niederschließen, um die Seuche auszurotten, die sich von den Rindern der Bergweiden auf das Wild übertragen hatte. Um aber das Wild während dieser Massenabschießungen nicht zu verjagen, verwendete man stumme Gewehre. Wie Paul de Kruff berichtet, begegneten zweiundzwanzigtausend Stück Wild dem Tode aus der Mündung dieser flüsternden Gewehre.

Kriechende Särge

Der englische Oberstleutnant Martal hat ein neues Kriegsgerät erfunden, das bereits den unheimlichen Namen »Kriechender Sarg« erhalten hat. Wie zutreffend dieser Name werden wird, erkennt man, wenn man nur einige Einzelheiten über diesen neuesten Tank erfährt. Dieser Miniaturtank ist so klein, daß er gerade einen Soldaten in liegender Stellung aufnehmen kann. Dieser Tank, der den offiziellen Namen »Kriecher« führt, ist nur mit einem leichten Maschinengewehr ausgerüstet. Es besitzt einen Motor von vier Pferdestärken, der ihm eine Stundengeschwindigkeit von fünfzehn Kilometern verleiht. Dieser Tank soll als Infanterievorhut vor Angriffen

eingesetzt werden, und zwar auch dann, wenn man größere Tanks nicht verwenden kann oder will. Der langsame Tod eines Verwundeten in einem solchen mechanischen Sarg dürfte nur mit dem Tod einer erstickenden Unterseebootmannschaft zu vergleichen sein.

Ebenfalls zur Unterstützung der Infanterie bestimmt ist ein Rekordtank, den die Amerikaner neuerdings zur Serienherstellung in Auftrag gegeben haben. Dieser lagte auf unebenem Terrain in einer Minute mehr als eineinhalb Kilometer zurück. Das ist eine Stundengeschwindigkeit von über neunzig Kilometern. Mit dieser Geschwindigkeit kann der gepanzerte Achttonnentank, ausgerüstet mit drei Maschinengewehren, gegen den Feind rasen.

Gegen diesen Tank ist der Char de Rupture, der französische »Frontsprenger« allerdings nur eine Schnecke. Allerdings eine Schnecke von 71 Tonnen, eine geheimnisvolle und gefährliche Schnecke. Obwohl dieser Char 2 C schon Jahre in vielen Exemplaren über die französischen Übungsplätze rollt, ist er immer noch voller Geheimnisse. Man kennt seine Panzerstärke und weiß, daß sie theoretisch von leichten Feldgeschützen durchschlagen werden müßte. Man weiß aber zugleich, daß dies nicht möglich ist und dieser Wagen also ein unbekanntes Panzermaterial zu tragen scheint.

Die Char de Rupture marschiert auf dem Grunde von Flüssen und Seen so ruhig, wie auf ebenem Land. Er ist für diesen Zweck wie ein Unterseeboot mit einem dreißig Meter langen Periskop ausgerüstet.

Eine Vorrichtung, die nun alle größeren modernen Tanks besitzen und über die sich der Laie im allgemeinen nicht ganz klar ist, ist das Stroboskop. Das ist die Vorrichtung, die es dem Tankführer ermöglicht, in der Beobachtungskuppel nach allen Seiten frei zu blicken, ohne daß er in Gefahr gerät. Das Stroboskop nützt eine ganz simple Erfahrung aus, die wir alle schon einmal gemacht haben. Fahren wir an einem Zaun mit breiten Laten und ganz dünnen Schlitzchen dazwischen, rasch genug vorbei, dann erblicken wir die Gegend hinter dem Zaun, wie durch ein dünnes graues Glas, aber doch durchaus deutlich. Die Trägheit des Auges stellt eine Summe fadendünner Teilbilder, die wir nacheinander sehen, zu einem einzigen Bild zusammen. Das Stroboskop verwandelt die gerade lineare Bewegung der Zaunslitzchen vor dem Auge des Beobachters in eine rotierende. Es läßt sich nun an Hand der Schußgeschwindigkeiten und der Stärke der rotierenden Wandung eine Geschwindigkeit errechnen, die das Eindringen auch von Splitterchen durch die Schlitzchen unmöglich macht. Praktisch wird diese rotierende Kuppel dazu noch mehrfach geichert.

Die Beobachtungskuppel trägt eine Panzerung, die nur einen Schlitz frei läßt, der sich allerdings bequem nach allen Seiten hin dre-

hen läßt. Erst unter dieser Kuppel rotiert das Stroboskop mit den dünnen Stahlschlitzchen. Er schützt praktisch also nur den Beobachter. Für das aller kleinste Splitterchen ist zu alldem unter der rotierenden Schlitzkuppel noch eine feststehende dritte aus hartem splitterfreiem Glas. Durch das Stroboskop ist also jede Schwächung der Panzerung auch am Beobachtungsschlitz vermieden.

Kurt Doberer.

Pflege des Wehrgedankens

Daß die Leipziger Messe diesmal im Dienste der Kriegsvorbereitung stand, konnte man sogar auf der Spielwarenindustrie feststellen. Das englische Weißbuch vermerkt die Erziehung der deutschen Jugend zum Waffenhandwerk und zur Kriegsgesinnung. Um sich von der Richtigkeit dieser Feststellung zu überzeugen, genügt ein Besuch bei der Leipziger Messe. Bei den Spielwaren herrschten Kriegsspiele vor, und sie wurden den Käufern mit folgenden Anschriften angepriesen: »Jeder deutsche Junge muß zu Weihnachten wieder Bleisoldaten erhalten, zur Pflege des deutschen Wehrgedankens!«, »Im Spiel mit Zinn- und Bleisoldaten liegt Tradition.« Eine Firma in Lüdenscheid stellt Fliegerbomben aus Stahl aus und macht sie den Käufern verlockend durch die Bemerkung: »Knallt und platzt beim Aufschlagen. Naturgetreues Aussehen, naturgetreue Wirkung.« Wirklich naturgetreu wird die Wirkung erst sein, wenn nicht nur Mutters Möbel kaputt gehen, sondern ganze Dörfer und Städte!

Vom deutschen Götterkrieg

»Jesus ein Arier und kein Semit. Beweis: Die Israeliten gehören zur kaukasischen Rasse und werden auf den ägyptischen Wandgemälden mit heller Haut, hellen Haaren und blauen Augen dargestellt!« Die alten Germanen waren zweifellos prächtige Menschen . . . aber geistig kann man sie sich als große Kinder vorstellen«

Aus Buchbesprechungen der »Kölnischen Volkszeitung«. Sind das wirklich noch Meinungen oder ist das nicht schon verdeckte Sabotage oppositioneller Elemente?

Erkenntnis

Im »Völkischen Beobachter« ruft Dr. Bernhard Payr zur Bildung »gestiger Stoßtrupps« auf, die »schlagartig eingesetzt werden können«, um »jeden feindlichen Ueberumpelungsversuch abzuwehren.«

In diesem Artikel heißt es wörtlich: »Heute, da die Reaktion einen wissenschaftlich raffiniert getarnten Kampf gegen uns führt, um geistige Sabotage zu treiben, können wir es uns nicht leisten, unsere Sache durch Nichtskönner vertreten zu lassen«

Endlich geht ihnen ein Licht über sich selbst auf!

Er knallte los. Eine Krankenschwester wurde gestreift. Es gab ungeheure Verwirrung. Bis es den beiden Ärzten gelang, den Tobenden zu überwältigen, war der Patient leider hinübergeschlummert.

Darauf erließ der Frankenfürer folgende Verordnung:

1. Der Presse wird über den Vorfall strengstens Schweigen auferlegt.
2. Der Chefarzt des Krankenhauses wird strafversetzt.
3. Der jüdische Assistenzarzt kommt nach Dachau, weil er einen Arier tätlich angegriffen hat. Außerdem wird ihm die Erlaubnis zu praktizieren wegen ritualmordähnlicher Handlungen entzogen.
4. In Nürnberg werden zwei Straßen in »von Klischottstraße« und SA-Mann-Panzenstraße umbenannt.
5. Die weiteren Taten der beiden, soweit zur Veröffentlichung geeignet, werden laufend vom »Stürmer« bekanntgegeben. Worauf der Autor seine Leser hinweist.

Muckl.

Nieder mit der Literatur!

Stapels Zeitschrift »Deutsches Volkstum« veröffentlicht einen Aufsatz über »deutsche Dichtung in der Schule«. Darin heißt es:

»Die Begriffe »Literaturgeschichte« und »Gegenwartskunde« sind so sekundär, daß sie aus der Schule wieder verschwinden sollten . . . Nicht Gegenwartskunde, sondern Artkunde brauchen wir: Werke, die unser deutsches Lebens- und Artgesetz an den Fragen, die uns heute im Herzen brennen, bewähren . . . An Stelle des akademischen Begriffes der Literaturgeschichte setzen wir den Begriff der geistigen Rüstkammer.« Das allerbeste wäre es, friedliche Literatur

überhaupt aus der Schule auszurotten und nur noch die Szenen aus klassisch-dramatischen Werken durchzunehmen, in denen geschossen wird. Der empfangene Eindruck könnte dann jeweils durch praktische Übungen vertieft werden.

Deutscher Humor

Die Nationalsozialisten haben einen goldenen Humor. Ein Großteil ihrer Witzblätter lebt heute noch davon, verjagte Juden, besiegte politische Gegner und Konzentrationslagerhäftlinge zu bespielen. Ohne Witz aber mit viel Gehässigkeit, denn auf keinem trampelt es sich besser und gefahrloser herum als auf dem Unterlegenen.

Die Nationalsozialisten haben einen goldenen Humor. Wehe, wenn es einer wagt, ihre angeblich für die nächsten tausend Jahre unumstößliche Gewaltherrschaft mit einem Witz zu bedenken! Geistesblitzen dieser Art gehen sie mit Knute, Keule und Revolver zuleibe. Da erschienen z. B. am Faschingdienstag die »Münchener Blausten«, das übliche Faschingblatt der Münchner Neuesten Nachrichten — wir haben sie an dieser Stelle schon zitiert — und wagten es, mit der Karnevalspritsche leis den Purpur der braunen Herren zu berühren. Hei — fiel die Hakenkreuzpresse über den guten, alten deutschen Brauch der »Narrenfreiheit« her, hei — halte es entrüstete Schreie nach dem Kerkermeister. Vorahnend schrieb der Redakteur der »Blausten« an den Kopf seines Blattes: »Nächste Briefanschrift Dachau.« Die »Preußische Zeitung«, Königsberg, antwortet prompt mit der geistreichen Rotourkutsche:

»Wir warnen alle Verantwortlichen, sonst könnte die nächste Briefaufschrift — wie die Schreiber der »Münchener Neuesten Nachrichten« schon vor Aschermittwoch voraussagen — doch noch lauten: Konzentrationslager!«

Es ist den ewigen Poseuren, die nichts mehr fürchten als den Witz, offenbar sehr auf die Nerven gegangen, daß jene Faschingnummer wie ein fliegender Pfeil durch Deutschland sauste, daß sie überall gelosen, überall weitergereicht — überall begrüßt und belacht wurde. Die überraschendste Stelle in dem Hinrichtungsaufsatz gegen den Witz ist aber die folgende:

Leider fehlt ihnen der Mut, offen zu Dingen Stellung zu nehmen, die ihr Spielberber wenig begeistern. Sie verfallen daher wieder in die Methoden einer nun hinter uns liegenden Zeit: sie schießen aus sicherem Versteck mit giftigen Pfeilen und lachen sich ob ihrer feigen Tat ins Fäustchen.

Wir lesen immer »Feige Tat.« Hier ist sogar der »Preußischen Zeitung« — wenn auch gegen ihren Willen — ein Faschingwitz gelungen. Feige ist es also, eines Tyrannen zu spotten, der einem in jedem Augenblick den Garaus machen kann; mutig ist es offenbar, nur schwächere Gegner, von denen keinerlei Gefahr droht, zu denunzieren und zu verhöhnen. Man muß nur alle Begriffe karnevalsartig auf den Kopf stellen — dann sind an Ende sogar die nationalsozialistischen Presse- und Propagandisten mutige Helden voll stolzen, aufrechten Trotzes.

Kleine Korrekturen

Der Inselverlag in Leipzig hat jetzt eine Karte von Deutschland herausgegeben, auf der der Polnische Korridor überhaupt nicht

existiert. Oberschlesien, Elsaß-Lothringen und Oesterreich werden als Bestandteile des deutschen Reiches bezeichnet.

Und was ist der Grund für diese kleinen Irrtümer —? Nichts als Hitlers heiße Friedensliebe.

Diskretion!

Ankündigung eines neuen Ufa-Films in Berlin:

»Barcarole
... Musik aus Hoffmanns Erzählungen . . .
»Nichtarische« Musik à la Offenbach stiehlt man höchstens, aber man nennt den Bestohlenen nicht!

Gut informiert

Aus dem »Judenkennner« Berlin:
Das Blatt der getürmten Juden, die »Prager Presse«, macht sich in jüdischer Manier mausig. Hier zu kommentieren, heiße Juda zu viel Ehre antun.

Es geht doch nichts über gediegene Presseinformationen!

Der männliche Mann

Eine Kölner Zeitung klagt darüber, daß der Humor aus dem Faschingstreiben schwindet, die Männer verschmähen die komische Maske.

. . . denn die Damen beachten in betonter Weise den männlichen Mann; unter einem männlichen Mann stellen sie sich ein Kleiderbündel mit strahlenden Augen vor.

Wo diese Frauen wohl ihre Ideale herholen? Von den Führern sicher nicht — denn dort fallen die strahlenden Augen weg.

Die Finanzen der Arbeitsfront

Jährliche durchschnittliche Unterstützungsleistung 4,70 Mk. pro Mitglied

Die Deutsche Arbeitsfront hat Anfang März in Verbindung mit dem Außenpolitischen Amt der NSDAP für die Vertreter der in Berlin akkreditierten fremden Mächte, für die Vertreter der ausländischen Presse und die geladenen Gäste von Staat und Partei einen Empfangsabend gegeben, auf dem der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley über Ziel und Weg der Deutschen Arbeitsfront sprach und dabei zum erstenmal auch einige summarische Zahlen über die Finanzen der Arbeitsfront gegeben hat. Es wird also nach wie vor keinerlei Rechnungssabschluss vorgelegt und die von Ley gebrauchten Sammelbegriffe für die einzelnen Ausgabenposten lassen auch nur zum Teil vermuten, wofür das Geld verbraucht worden ist. Immerhin läßt sich aus diesen sehr allgemeinen und verschwommenen finanziellen Andeutungen bereits erkennen, in wie schamloser Weise die Beitragszahler der DAF um ihre Beitragsroschen gebracht werden.

Zunächst teilte Ley mit, daß die Jahreseinnahme aus Beiträgen rund 300 Millionen Mark betragen soll. Dieser Gesamtbetrag erscheint sehr gering, nachdem die Arbeitsfront, wie Ley bereits auf dem Nürnberger Parteitag mitgeteilt hat, am 1. März 1934 schon 17 Millionen Mitglieder zählte. Das inzwischen eingeführte System der Zwangsmitgliedschaft und die scharfe Handhabung der Beitragskassierung sprechen dafür, daß die Zahl der Beitragszahler keinesfalls gefallen, sondern eher gestiegen ist. Die Erklärung für das verhältnismäßig geringe Beitragsaufkommen ist also nur aus den gesunkenen Löhnen und Gehältern zu erklären. Die DAF hat 20 Beitragsklassen; die Wochenbeiträge bewegen sich zwischen 0,15 bis 3.— Mk., die Monatsbeiträge zwischen 0,60 bis 12.— Mk. Wenn nun Ley als Grundlage für die Einnahmen einen Durchschnittsbetrag von 1,40 bis 1,47 Mk. monatlich angibt (das ist bei 17 Millionen Mitglieder ungefähr die Summe von 300 Millionen Mark) so ergibt sich, daß die Mitglieder in den Beitragsklassen 5 und 6 den Durchschnitt der Mitgliedschaft bilden. Diese Klassen beziehen nach der Beitragstabelle der DAF Wocheneinkommen von 15 bis 25 Mk. oder Monateinkommen von 60 bis 100 Mk. Bei der Beurteilung dieser Durchschnittseinkommen ist freilich zu beachten, daß auch die höchsten Spitzeneinkommen, wie Direktorengehälter usw. in der Mitgliedschaft der Arbeitsfront mit erfaßt werden. Das eigentliche Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten liegt also wesentlich niedriger. Immerhin zeigen bereits diese Zahlen das Sinken des deutschen Lohnniveaus. Die Beiträge, die sich bis 12 Mk. monatlich belaufen, sind keineswegs niedrig bemessen, wie es Ley darzustellen versucht hat. Wenn also nach seinen eigenen Angaben die Durchschnittsbeiträge nur 16,80 Mk. bis 17,64 Mk. jährlich betragen, während im früheren ADGB Jahresbeiträge von durchschnittlich 47 bis 48 Mk. geleistet worden sind, ebenfalls abgestuft nach den Löhnen, so wird damit zum erstenmal vom Reichsorganisationsleiter der Arbeitsfront die ungeheure Lohnsenkung zahlenmäßig bestätigt.

Die Ausgaben der Arbeitsfront hat Ley wie folgt angegeben.

	Mark
Invaliden-, Alters- und sonstige Renten	80.000.000
Rechtsberatungsstellen	12.000.000
Volksgesundheitsstellen	6.000.000
Berufserziehung	40.000.000
Fachpresse	18.000.000
Schulung	18.000.000
Berufswettkampf	4.000.000
Kraft durch Freude	20.000.000
Verwaltung	70.000.000
Urlaubszuschüsse, Winterhilfe, Theater des Volkes, Unterkunfts-räume usw.	22.000.000
Soziale Einrichtungen in Werken	8.000.000

Diese Etatzzahlen lassen Vergleiche mit den Leistungen der früheren Gewerkschaften für ihre Mitglieder zu, soweit es sich um Unterstützungen und Rechtsschutz handelt. Die übrigen Etatposten, die teils zur Entlastung der Unternehmer, der Staatskassen und der Nazi-Partei dienen, müssen bei den Leistungen für die Mitglieder der DAF ausgeschlossen werden. Da werden z. B. für »Berufserziehung« 40 Millionen Mark verausgabt. Diese weltanschauliche Erziehungsarbeit im Sinne des Nationalsozialismus hat mit beruflicher Ausbildung nichts zu tun, sondern

müßte auf Konto Agitation der NSDAP gebucht werden. Die Ausgaben für Berufswettkampf wären Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, während sie hier ebenfalls aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten gemacht werden. Urlaubszuschüsse und soziale Werkeinrichtungen hätten die Unternehmer zu bezahlen, während sie im Dritten Reich gleichfalls aus den Löhnen geleistet werden. Auch die Urlaubsreisen von »Kraft durch Freude«, zu denen übrigens die Teilnehmer noch individuelle Zuschüsse leisten müssen, werden aus den Beiträgen bestritten.

Es werden also etwa 94 Millionen Mark, die Staat, öffentliche Körperschaften und Unternehmer zu leisten hätten, vom Etat der Arbeitsfront abgezweigt. Die Beitragszahler der Arbeitsfront haben diese Summe neben der Lohnsteuer aufzubringen, die sie bereits an den Staat leisten.

Der verbleibende eigentliche Etat der Arbeitsfront sieht also für seine Mitgliedschaft an Gesamtausgaben rund 206 Millionen Mark vor, eine Summe, die den Ausgaben der früheren ADGB-Verbände entspricht, die nach der jetzt von Ley wiederholt gemachten Äußerung nur ein Viertel der Mitgliedschaft umfaßten, über die die Arbeitsfront verfügt.

Im einzelnen haben die freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände nach den letzten Berichten des ADGB, neben den gewährten Streikunterstützungen in Höhe von 13 Millionen Mark für die übrigen Unterstützungen (Invalidität, Alter usw.) rund 87 Millionen Mark jährlich verausgabt, während die viermal größere Arbeitsfront für diese Zwecke 80 Millionen Mark ausgeworfen hat. Die freien Gewerkschaften hatten pro Kopf des Mitgliedes an allgemeinen Unterstützungen 17,69 Mk., für Streikunterstützung außerdem 2,71 Mk. pro Kopf des Mitgliedes verausgabt, die Arbeitsfront zahlt pro Kopf des Mitgliedes 4,70 Mk. Unterstützung jährlich.

Für Rechtsberatung leistete die DAF bei 17 Millionen Mitgliedschaften 12 Millionen Mk. Ley erwähnte dabei, daß die Summe für die Neueinrichtung der Rechtsberatungsstellen verausgabt wird, es sind also die Investitionskosten für Gebäude usw. mit berechnet, so daß die Summe nicht etwa gänzlich der Rechtsberatung der Mitglieder zugutekommt. Wie freigiebig die Arbeitsfront bei ihren Neueinrichtungen in bezug auf Baukosten usw. ist, braucht nicht wiederholt zu werden. Ein Vergleich wäre hier nur möglich, wenn die Zahl der Rechtsfälle, Prozeß usw. angegeben werden würde. Ley erwähnte nur:

»Wie wichtig diese Institution ist, geht daraus hervor, daß in Dresden in einem Monat 1300 Fälle bearbeitet wurden.«

Wir stellen demgegenüber den Bericht des Ortssekretariats Dresden des ADGB aus einem Jahr; es wurden an Einzelfällen bearbeitet:

5777 Sozialversicherung
1241 Arbeitsvertrag
4400 Bürgerl. Recht
2397 Gemeindefangelegenheiten
893 Strafrecht
2224 Zivilprozeß
377 Sonstige Sachen.

Es wurden 2089 Schriftsätze angefertigt und 130 Vertretungen vor Gericht gestellt. Die Gesamtzahl der bearbeiteten Rechtsfälle betrug in Dresden 17.809. Selbst wenn die DAF allmonatlich, wie es Ley von einem Monat berichtet, je 1300 Fälle bearbeitet hätte, wären es erst 15.600 im Jahr bei einer vierfachen Mitgliederzahl gegenüber dem früheren ADGB.

In welcher unverantwortlicher Weise andererseits mit Personalausgaben gewuchert worden ist, ergibt sich schon aus der Mitteilung Ley's, daß die Arbeitsfront im neuen Jahr die Verwaltungskosten von 150 auf 70 Millionen herabsetzen mußte. Im März 1934 wurde noch auf dem Nürnberger Parteitag bekanntgegeben, daß die Gehälter der Nazibonzen allein 54 Millionen Mark jährlich betragen. Wenn hier wirklich endlich abgehaut wird, so verdient der Reichsorganisationsleiter keine besondere Belobung. Eine genauere Beurteilung der Verwaltungskosten läßt sich nach den allgemeinen Angaben Ley's überhaupt nicht geben, da in den übrigen Etatposten seiner Angaben bereits große Verwaltungsbeträge mit enthalten sind und die Zahl der Angestellten der Arbeitsfront nicht mitgeteilt wird, auch keine Angaben über Zweigvereine usw. gemacht werden.

Im früheren ADGB haben 35 Zentralverbände insgesamt für ihre Hauptverwaltungen 10 bis 11 Millionen Mark verbraucht. Ein Vergleich ist aber schon deshalb nicht denkbar, da das Riesenspensum der Arbeit in den Gewerkschaften für die heutige Arbeitsfront keinerlei Arbeitsbelastung bedeutet. Sie hat sich der gesamten gewerkschaftlichen Tätigkeit entledigt und verbraucht die Beitrags-gelder für die in allen möglichen Bezeichnungen immer wiederkehrende Nazi-Propaganda.

Der letzte Bluff des Dr. Ley

Seit die deutsche Arbeitsfront von der Mitwirkung an der Gestaltung der deutschen Tarif- und Lohnverhältnisse und der Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft völlig ausgeschaltet ist, fühlt Dr. Ley das besondere Bedürfnis, vor den zur Abführung von Zwangsbeiträgen verpflichteten Arbeitern die Existenz dieser Nazibonzen-Versorgungsorganisation zu rechtfertigen. Auf der kürzlich in Leipzig abgehaltenen dritten Schulungswoche der Arbeitsfront tat er das u. a. damit, daß er von den großen Plänen sprach, die die Arbeitsfront in der nächsten Zeit zu verwirklichen gedenke. Zu diesen Plänen gehört auch die Errichtung einer wissenschaftlichen Forschungsstelle, als deren Aufgabe Dr. Ley die Erforschung des gerechten Lohnes hinstellt.

Es hat keinen Sinn, mit Ley über den Begriff des gerechten Lohnes zu diskutieren; vor allem auch deshalb nicht, weil eben der Plan dieser wissenschaftlichen Forschungsstelle nur wieder einmal ein Bluff war, dessen Wirkung auf die Arbeiterschaft berechnet war. Das wird ganz klar, wenn man liest, was der »Deutsche Volkswirt« in seiner Nr. 22 dazu schreibt. Das dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht nahestehende Wirtschaftsorgan der Industriellen hat sich anscheinend bei Dr. Ley selbst sofort über das Nähere dieses Planes erkundigt und schreibt nun u. a.:

»Die praktischen Wege, die bei der Schaffung des Instituts beschritten werden sollen, entsprechen, wie wir uns vergewissern konnten, durchaus realistischen Erwägungen. Es wird in einer Zeit, die zur Ueberorganisation neigt, beruhigen, von der Arbeitsfront zu hören, daß man nichts beabsichtigt, was bestehende Institute in ihrer Selbständigkeit beeinträchtigen, Wegnahme ihrer Arbeit oder gar Doppelarbeit bedeuten könnte. Der Anfang soll in nicht mehr bestehen, als daß man eine Arbeitsgemeinschaft von etwa sechs hervorragenden Fachwissenschaftlern bildet, die die Führung zu den bestehenden Instituten aufnimmt, das heißt etwa zum DINTA, das ja der Arbeitsfront angehört... In dieser Form und in dieser Beschränkung, so glauben wir, wird der neue Plan, der vielleicht einmal den realsten Beitrag der Arbeitsfront zur Lösung der sozialen Frage darstellen kann, in Deutschland allseitig Unterstützung finden.«

So wird aus der Errichtung einer wissenschaftlichen Forschungsstelle zur Erforschung des gerechten Lohnes im Handumdrehen eine lose Arbeitsgemeinschaft zur Führungnahme mit Unternehmerinstituten, die die Erforschung der intensivsten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bei möglichst niedrigen Löhnen zur Aufgabe haben. Wenn dann der Deutsche Volkswirt sagt, daß der Plan »in dieser Form und in dieser Beschränkung vielleicht einmal den realsten Beitrag der Arbeitsfront zur Lösung der sozialen Frage darstellen kann«, so wird die Verhöhnung der Deutschen Arbeitsfront durch die diktierenden Industriekapitalisten ohne Verhüllung zum Ausdruck gebracht.

Der passive Widerstand

Wie wenig die in den »Führerreden« des Dritten Reiches immer wiederkehrende Behauptung, daß die Mehrheit des Volkes zu ihrem Regime stehe und zu Nationalsozialisten geworden sei, mit den Tatsachen übereinstimmt, das beweist am drastischen die Entwicklung der nationalsozialistischen Presse.

Obwohl das Regime den Millionen Angestellten und Arbeitern die politischen und die freigewerkschaftlichen Zeitungen genommen hat, obwohl es auch eine Reihe weiterer Zeitungen und Zeitschriften erwürgt hat, die nationalsozialistische Presse leidet, nachdem eine kurze Aufschwungsperiode schnell vorüber war, doch an fortschreitendem Abonnentenschwund! Daran vermögen auch die Me-

In den Angaben des Ley wird aber auch noch immer verschwiegen, was mit den geraubten Vermögen der früheren Gewerkschaften geschehen ist!

Der Zwangsbeitrag des Arbeiters und Angestellten zur Arbeitsfront ist heute lediglich eine zusätzliche Steuer der Schaffenden an den faschistischen Unternehmerstaat. Die Arbeiter finanzieren den Gewaltfrieden zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft im Dritten Reich.

Methoden des unlauteren Wettbewerbs nichts zu ändern, die von ihr im Konkurrenzkampf gegen die mehr oder weniger gleichgeschaltete bürgerliche und nationale Presse zur Anwendung gebracht werden. Der passive Widerstand breiter Arbeiterschichten war auf diesem Gebiete bisher nicht zu erschüttern.

In neuester Zeit ist nun die Millionen-Zwangsorganisation der Deutschen Arbeitsfront in den Werbedienst für die Presse der NSDAP, gestellt worden. In Leipzig ließ Ende Februar die Bezirksleitung Sachsen der Deutschen Arbeitsfront in den Betrieben ein Werbeblatt für die Leipziger nationalsozialistische Zeitung verbreiten. Es wird also die Reklame für die bankrotte Parteipresse aus den Zwangsbeiträgen der deutschen Arbeiter und Angestellten bezahlt, die diese Blätter aus guten Gründen beharrlich ablehnen.

Außerdem aber sollen sie durch verstärkten Terror an der Arbeitstätte zu Zwangslesern gemacht werden: Das Abonnement muß, wie aus den dem Werbeblatt angefügten Bestellzetteln hervorgeht, bei der zuständigen Ortsgruppe der Arbeitsfront bestellt werden! Sie übt durch ihre Amtswalter die genaue Kontrolle darüber aus, wer von den Beschäftigten Leser der Nazipresse ist und wer nicht. Wer es nicht ist und trotz des Terrors nicht wird, der gilt nicht als einwandfrei zuverlässig und hat nach der nationalsozialistischen Moral keinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz!

Auf diesem Wege hofft man, der nationalsozialistischen Presse endlich die längst erwünschten Abonnenten zuführen zu können. Aber auch das wird nichts helfen!

Nichts für Simon!

Wie englische Blätter mitteilen, wurden Passagieren der Lufthansa, die von Berlin nach England fliegen wollten, die in ihrem Besitz befindlichen Nummern des »Stürmer« abgenommen.

Schämt man sich doch ein wenig!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. ZL 139.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 15,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2,— (Kč 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Frs. 2,— (24,—), Bulgarien Lew 8,— (96,—), Danzig Guld. 0,30 (3,60), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4,— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (15,—), Großbritannien d. 4,— (Sh. 4,—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,— (24,—), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Pallastina P. Pf. 0,018 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—), Saar-gebiet F. Fr. 1,50 (18,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA. 0,03 (1,—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.097. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.